

Er scheint täglich auszuft. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 80 Pf.
 vierteljährlich 1.80 Mk.
 halbjährlich 3.20 Mk.
 jährlich 6.00 Mk.
 Durch die Post bezogen 1.00 Mk. extra Postgebühr.

„Die Neue Welt“
 (Anstaltungsvertrag)
 monatlich 10 Pf.

Verantwortliche Redaktionen:
 Redaktion: Dr. 808
 Expedition: Dr. 1047
 Telegramm-Adresse: Volkshalle Halle/Saale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr
 beträgt für die 6 spaltenweiligen Zeilen über einen Raum 80 Pfennig.
 für auswärtsige Anzeigen 25 Pfennig.
 Im reaktionären Sinne kostet die Zeile 75 Pfennig.

Insertate
 für die fällige Nummer müssen spätestens die vorkünftige halbe 10 Uhr in der Expedition ankommen sein.

Eingetragen in die Postverzeichnisse.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Gerichtstag über die Polizeivillkür!

Die behördlichen Mißhandlungen des Vereinsgesetzes vor dem Reichstage.

Der Reichstag hat am gestrigen Mittwoch ein Scherbenegericht über das preussische Polizeigesetz abgehalten, das sich auf die unerhörte Willkür bei der Handhabung des Vereinsgesetzes bezog. In Form einer Interpellation hat die sozialdemokratische Fraktion Nachenschaft von der Reichsregierung gefordert. So sicher die Polizei diesen Tag in ihrem ungeheuren Schuldbusse ganz besonders schwarz markieren muß, so fest freilich, daß ihr ganzes System durch Gerichtsprüfung wieder gebrochen noch überhaupt ernsthaft erhärtet werden kann.

Aber was das schäntliche Volk seit mehr als einem Jahre in Bezug auf Vereins- und Versammlungsbehinderung erdulden muß, das ist geteilt in Reichstage als der höchsten Volkstribüne in treffende Worte gefaßt und energisch getrommelt worden. Alle Welt weiß, daß in der „amtlichen“ Mißhandlung des Vereinsgesetzes das geeignete Halle an der Spitze marschiert, weshalb wohl auch die sozialdemokratische Fraktion unsern Genossen Albrecht als Wortführer erloren hatte, Genosse Albrecht hat in dankenswerter Weise die liberalen Hallischen Polizeigenossen ausführlich zu erörtern versucht, wozun unser Bericht Kunde gibt. Der Interpellant wird freilich mit großem Fleiß e o h m e h r aus dem liberalen Halle geschäftigt haben, als der Bericht wiedergibt und wiedergeben kann, aber alles so sagen, was das Hallische System und aufzulegen genügt hat, würde an einem ganzen Tage nicht einmal möglich sein. Aber was Albrecht vor der deutschen Volkswortrede über die Hallische Obrigkeit festgehalten hat, das ist nicht zu verdrängen. Wir begreifen zwar hiermit heute schon feierlich die Hoffnung, daß sich in Halle etwas ändern könnte — dazu ist das ganze preussische Herrschaftssystem und die speziell Hallische liberale Kommunalverwaltung viel zu fest benannt. Aber unsere wichtigsten Affen hat uns die Reichstagsrede Albrechts vermehrt, so daß wir uns ihre weitere Anwendung, wenn erst das amtliche Stenogramm der Rede vorliegt, bald angelegen sein lassen werden.

Unser Redner hatte die weitere Verpflichtung, seine Kritik der Polizeivillkür auf das ganze Reich auszuweiten. Er hat eine erdrückende Fülle von Material vorgebracht, das beweist, wie das Polizeiregiment in hundertfacher Weise das Reichsvereinsgesetz mißhandelt und ungescheitlich auslegt. So ergab sich mit zwingender Logik der Schluss, daß durch die Handhabung der Gesetzesbestimmungen das Reichsvereinsgesetz zu einem Ausnahmegesetz gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung geworden ist. Eingegriffen in die Ehe dieser Willkürbehandlung sind Gewerkschaften, freie Jugendbewegung, Arbeiterportvereine, Freireisvereine und alle Organisationen, in denen Sozialdemokraten beteiligt sind. Das macht das System vollkommen.

Aber was nun? Herr Staatssekretär Delbrück hat in seiner Antwort manderlich hin und her geredet, aus dem aber die eine Tatsache hervorging: es bleibt alles wie es war! Das ist nicht etwa verwunderlich oder unerhört, nein, auch das gehört zum System. Wir haben schon bei vielen Gelegenheiten ausführlich dargelegt, wie planmäßig man den Reichstag als wichtiges Wadtmittel des Volkes ausgeschaltet, dafür aber den Schwerpunkt der inneren Machtverhältnisse in die Landtage, das heißt in den preussischen Landtag verlegt hat. Der Reichstag darf auf gewissen Gebieten wohl Gesetze mitmachen, sofern sie bei der höchsten Bundeskraft will, aber ihre Ausführung ist in die Hände der einzelnen Staatsregierungen, vor allem Preussens gelegt. Und die Ausführung und Anwendung ist beim Gesetz das entscheidende, denn trotz schlechter Gesetze kann liberal regiert, aber auch mit den liberalsten Gesetzen brutal unterdrückt werden. Der Herr über die Reichsgesetze ist in Preußen die Polizei! — was das bedeutet, weiß man. Die preussische Polizei untersteht dem herrlichen Dreiklassenantrage und steht auf dem Reichstag. Der Reichstag hat in den inneren Machtfragen: Polizei, Justiz, Schule, Kirche usw. ja nur das Recht zu planen, aber kein entscheidendes Wortwort. So ist die Zwidmühle der Macht des Klassenstaates trefflich aufgestellt: der Reichstag hat ein verächtliches Wahlrecht, ist aber in keiner Hinsicht, während der preussische Landtag mächtig ist, aber ein Wahlrecht hat, das die Volksmassen brutal entrechtet. Wer weiß einen Ausweg aus diesem Ringel?

„Es muß noch schlechter werden, ehe es besser wird“ — darauf ist das heutige Herrschaftssystem eingestellt. Die politische Meinung und die wirtschaftliche Not des Volkes müssen erst das gesamte schreckliche Volk in die Reihen der sozialdemokratischen Organisationen peitschen — dann kann und wird der Nachspruch gesprochen werden, der das ganze System vom Tische jagt.

In Halle hilft man der Arbeiterklasse bei ihrer Organisierung in der liberalsten Weise. Herr Delbrück scheint zwar als vorsichtiger Mann sogar vom Hallischen Polizeiliberalismus stark abgerückt zu sein, denn er hat laut Bericht gesagt, die Zentralbehörden seien nicht mit den Polizeigenossen beauftragt worden, also treffe die Regierung keine Schuld. Das ist ein totaler Irrtum! Das Hallische Polizeiregiment hat „kritisch“ alle Regierungsinstanzen beschuldigen müssen und ist auch durch die höchste, den Oberpräsidenten, hindurch. Nun bleibt nur die preussische Justiz. Und gerade der Oberpräsident hat das Unglaubliche glaublich gemacht und hat alle Zaten der Hallischen Polizei geduldet. Damit ist die Regierung haltbar geworden. Die feinste Blüte dieser Regierungswissenschaft ist bekanntlich die, daß auch eine geschlossene Bezirksbesprechung von 80 Mitgliedern eine „öffentliche“ Versammlung sei, weil der Bezirk von drei Strichen „zu groß“ und sein Wirkungsgebiet „zu umfangreich“ sei. Das läßt es sich verkneipen, daß Herr Delbrück laut Bericht gesagt hat: „Ich billige keineswegs in allen hier vorgebrachten Fällen das Verhalten der Behörden“ — aber anders wird's natürlich nicht. Herr Delbrück hat weiter erklärt, Gewerkschaftsversammlungen dürfen nicht überzogen werden; nur wenn jeder Mann sich an ihren Verhandlungen beteiligen könnte, kann usw. Die Hallischen Metallarbeiter haben aber zu ihren Versammlungen nur Mitglieder zugelassen und Zutrittkontrolle geübt. Trotzdem bestätigte ihnen der Oberpräsident, daß ihre Versammlungen „öffentlich“ seien, und überzogen würden. Was sagen Sie dazu, Herr Delbrück! Werden Sie es wagen, einen kalten Wasserstrahl nach Magdeburg zu spritzen?

Der nationalliberale Dr. Zund hat laut Bericht gesagt, die untern Behörden rechnen bei ihrem Vorgehen stets auf die Rücksicht ihrer Vorgesetzten. Wir wissen das natürlich nicht, aber fest steht, daß die Hallischen Polizeigenossen in den Regierungsinstanzen gebilligt wurden — sogar Orden sind in glühender Pracht auf Hallische Polizeigenossen niedergefallen. Wiederrum eine Verbilligung der lächerlichen Geschlossenheit des Systems, weshalb auf die scheinbar mitleidigen Wendungen Delbrücks im Grunde gar nichts zu geben ist. Nur einen Satz Delbrücks wollen wir uns zunutze machen, und zwar recht richtig. Delbrück hat gesagt: Die Auslegung des Gesetzes durch die Polizei- und Regierungsbehörden sei mehrfach so, daß sie den eigentlichen Interessen der Behörden nicht entspreche.

Sehr richtig! Die autoritative Ordnung und Obrigkeit mag zwar in jedem einzelnen Falle recht haben, die gehegte Arbeiterbewegung triumphiert — aber jeder neue Schlag gegen uns unterfällt immer mehr den trägen Damm der Waise, die noch an die Gottlosigkeit und Völlerei unserer königlichen preussischen Weltordnung glaubt. Mit anderen Worten: treibt es nur so weiter! Wir werden Sorge tragen, daß die Zaten des klassenkauflichen Herrschaftsystems die Macht der Arbeiterbewegung härten und dadurch der Zerstörung der sozialdemokratischen Volksherrschaft befehlen! werde!

Stimmungsbild über die Verhandlungen.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:
 C. B. Der Reichstag beriet am Mittwoch unsere Interpellation über die zahlreichen Verstoße gegen das Vereinsgesetz, ohne daß die Beratung zu Ende geführt wurde. Ein kurzes, aber interessantes Intermezzo ging voraus. Auf der Tagesordnung standen formell sämtliche Interpellationen, also auch die über die auswärtige Politik und die Feuerung. Nach den Verhandlungen des Senatskonvents war bekannt, daß notwendig über Maroffo nicht geredet werden darf. Der Reichsangler widersetzte nämlich, was er dem Präsidenten geflüstert hatte, sagte aber hierzu, daß der Reichstag „ebenfalls“ sich noch in „dieser“ Session mit der auswärtigen Politik befassen soll. Ob die Erklärung aus binden anzunehmen ist, möge dahingestellt sein. Ebenfalls erklärte Graf Scherzinger-Bibitz widerprüchlich die Sache als für heute — erledigt“.

Ebenfalls verschoben wurde die Beratung der Interpellation über die Feuerung. Doch wurde für ihre Behandlung wenigstens ein einigermaßen naher Termin in Aussicht genommen, der nächste Montag.

Nach diesen negativen Zaten verließ der Reichsangler aus dem Saale und überließ seinem Stellvertreter Delbrück das Feld. Diesem also nun fiel die Aufgabe zu, die Regierungen gegen die zahlreichen wohlbegründeten Normirte des Verstoßes gegen Sinn und Buchstaben des Reichsvereinsgesetzes zu verteidigen, die als Begleit der unserer Interpellation der Genosse Albrecht und von den Disziplinardemokraten namentlich der Pole Korzantch vorbrachte. In trefflichen Ausführungen beleuchtete Genosse Albrecht das Willkürregiment der Polizei und ließ vor allem die Zaten der Hallischen Polizei Epochen zum laufen. Im Hause erregte dies Einbreiten sichlich Aufsehen.

Aber Herr Delbrück machte sich die Sache recht leicht. Er war so klug, sich nicht mit den landrätlichen und amtsmännlichen Versammlungsverboten zu identifizieren. Im Grunde brachte er die Methode des seligen Pontius Pilatus zur Anwendung. Er wusch die Hände der Reichsregierung in Unschuld und verwies die Beschwerden an das Forum der Einzelregierungen, was so ungefähr der Aufforderung gleichkommt, den Zeisel bei seiner Großmutter zu verlagern. Im übrigen fand die behördliche Praxis, die sich sogar dazu vorheißt, gegen Versammlungen unter freiem Himmel das Schlafbedürfnis der Japanen ins Feld zu führen, nicht einmal die Billigung des nationalliberalen Justizrats Sundt. Selbst der Reichsparteiier Schffel sah sich veranlaßt, so etwas wie Entschuldigungen für die Verstoße vorzubringen, und entgingt von der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes ist nur der Konervative Gans Eblert zu Nutze, dem es höchstens mißfällt, daß es überhaupt so etwas wie ein Versammlungsrecht gibt.

Am Donnerstag wird die Verhandlung fortgesetzt und Genosse Regen wird Gelegenheit haben, aus der reichen gewerkschaftlichen Praxis heraus die treffenden Ausführungen des Genossen Albrecht zu erweitern. Außerdem wird vermuthlich über die eben eingetragenen Interpellationen betreffend die Viehjude verhandelt werden.

Die Revolution in China.

Ueber den Kampf deutscher Truppen in Hankau

Uegen auch heute noch keine ausführlichen Einzelheiten vor. Man schließt aus dem Flehen jeglicher Nachrichten mit Bestimmtheit, daß die Armeen der Truppen nur kurze Zeit dauerte, für das Landungskorps einzelne Verluste mit sich brachte und erfolgreich verlief. — Ueber die Tätigkeit der deutschen Schiffe vor Hankau sowie des dortigen Landungskorps ist nunmehr eine neue Nachricht aus funktentelegraphischem Wege in Berlin eingetroffen. Sie stammt von dem Kommandanten des Kreuzers Leipzig und lautet, wie amtlich gemeldet wird, folgenmaßen: „Tag und Nacht sind ruhig verlaufen, die Aufständischen haben sich zurückgezogen. Der deutsche Admiral ist eingetroffen und hat als rangältester Offizier den Oberbefehl auf dem Wasser und am Lande über die vor Hankau versammelten Seekreuzfahrtskräfte übernommen.“

Die optimistische chinesische Regierung.

Nach einer Meldung des Londoner Daily Telegraph aus Peking scheint die chinesische Regierung den Aufstand in Mittelchina noch immer nicht sehr ernst zu nehmen und sich in einem höchst gefühllosen Optimismus zu wiegen. Dem Erfolg der Revolutionäre in Hankau hält man in Peking für einen gelungenen Handstreich, dem große Bedeutung nicht beigemessen sei (?). Auch verfügte die Revolutionäre nur über eine geringe Zahl von Streikkräften, die den Regierungstruppen in keiner Weise genötigen seien. Wäre es dürfte die vertrauensvolle Regierung bei der bevorstehenden Entscheidungsschlacht von ihrem Optimismus bekehrt werden! — Am Sonntag wird in Peking der Senat eröffnet, und man sieht förmlichen Sitzungen entgegen. Der Aufstand dürfte die Agitation für sofortige Einberufung eines nationalen Parlaments und die radikalen Verwaltungsreformen verschärfen. — Wie die Times aus Peking berichten, verlangt noch nichts von der Adresse Yuan Shikai, noch wird gesagt, daß er seine Vorbereitungen beschleunige. — Man trifft Nachrichten, auf der Tientsin-Bufala-Wahn 10 000 Mann nach Taku zu befordern. Eine ebenso starke Abteilung soll von Schanghaun aus auf dem Yangtse transportiert werden.

Ein Gefecht in Hankau.

Am Mittwoch morgen begann ein Gefecht zwischen 2000 Mann Regierungstruppen und 10 000 Aufständischen. Der Admiral Saitzenberg gab seinen Kreuzern den Befehl, Mitteilungen zu senden. Die Aufständischen rüdten von Waihsang hervor und eröffneten sofort das Feuer, worauf die Geschütze der Kreuzer antworteten. Ein lebhaftes Gefecht auf beiden Ufern des Flußes dauerte an. Die fremden Kriegsschiffe haben Zerwürden an Land gefeiert.

Petersburg, 18. Oktober. Von der chinesischen Flotte vor Hankau hat bereits ein Schiff von den Revolutionären zerstört worden sein. Nach Peking Meldungen ergaben die Revolutionäre enorme Geldsummen von

Griechischen Kaufleuten, die im Auslande leben. Sämtlichen ausländischen Schiffen vor Sanza ist der Befehl erteilt, nur Ausländer zu führen.

Neue Erfolge der Revolutionäre.

London, 19. Oktober. Die Nachricht, daß Panting nunmehr gefangen ist, wird von dem Schatzkanzler Korrespondenten des New York Herald bestätigt. Nachdem die Soldaten der neuen Armee entlassen waren, verließen sie die Stadt, die den Aufständischen in die Hände fiel. In Kanton schloß sich den Rebellen der Truppenkommandeur an. Die Stadt und die Forts auf der anderen Seite des Flusses wurden ebenfalls in Besitz genommen. Derzeitige Korrespondent meldet: Wir erwarten den Aufstand in den Besetzung-Ports jeden Augenblick. In Peking ist vorläufig alles ruhig. Der Regent und die Mandchuwendenträger sind sehr bestürzt, da man die Ankunft von Mörderbanden jeden Augenblick in Peking erwartet. 40 Maschinengewehre wurden zum Schutze des Palastes herangezogen.

Der Cripolis-Krieg.

In der Türkei gewinnt die Kriegspartei, die den Kampf gegen Italien bis zum äußersten führen will, immer mehr an Boden. Das neue Ministerium steht auf sehr wackeligen Füßen und kann jeden Moment hinweggefegt und durch eine Regierung ersetzt werden, die sich der kriegerischen Stimmung entgegenkommender zeigt. Wie S e n a b m e l d e t, hat das derzeitige Ministerium der Volksstimmung bereits Rechnung getragen und beschließen, seine Vermittlungsfunktion anzunehmen, sondern den Krieg fortzusetzen, bis Italien auf die Forderungen des Staates, den die Worte einmündig, Verhandlungen eingeleitet. Auf der anderen Seite bezieht auch Italien auf seiner letzten Haltung und hält an seiner Kandidatenpolitik fest. In London erregte politische Kreise sich über das weitere Vorgehen Italiens folgende Ansicht verbreitet:

Italien wird sofort nach der vollzogenen Okkupation der Hafenplätze in Tripolis und der Grenzlinie, was innerhalb der nächsten acht oder vierzehn Tage geschehen dürfte, die Annexion dieser Gebiete an das Königreich Italien vollziehen. Italien wird sodann die Europamächte von dieser Aktion offiziell in Kenntnis setzen und zugleich an die Mächte das Versprechen richten, der Worte Mitteilung von der vollzogenen Annexion durch Italien zu machen. In dieser Mitteilung wird Italien ein Angebot einer bestimmten Geldsumme machen, die Italien bereit wäre, an die Türkei zu zahlen, und zwar für den Teil, der auf Tripolis entfallenden türkischen Staatsfonds. Für die Zustimmung der Türkei zu einer unter diesen Bedingungen vollzogenen Annexion von Tripolis wird Italien eine sehr kurze Befristung von etwa 48 Stunden (!!) setzen. Sollte die Türkei dieses zweite Ultimatum ablehnen oder ausweichend beantwortet, so würde Italien den Mächten mitteilen, daß es sich nunmehr die volle Aktionsfreiheit vorbehaltlos, selbstverständlich unter voller Verantwortlichkeit von der Annexion angehenden Erklärungen über die Erhaltung des Status quo auf dem Balkan. Es würde dann Italien zu umfassenden Operationen im Ägäischen Meere schreiten, so zur Besetzung mehrerer Inseln in der Ägäis, so zur Besetzung von Smyrna und im äußersten Falle zur Blockade der Meerengen.

Die Salbung Ägyptens.

Konstantinopel, 18. Oktober. Die Mitteilungen des Vertreters des Scheichs, Jusuf Dabli, an die Porte, wonach die feudale Regierung dem Wunsch der Porte, Ägypten möge die diplomatischen Beziehungen mit Italien abbrechen, nicht entsprechen kann, hat hier bereits die heftigsten, besonders da beim türkischen Hofung Kreisen, dem gleichen Wunsch sofort entsprach und dem damaligen griechischen Vertreter die Häufe zulegte. Der Korrespondent der Frankfurter Zeitung vertritt aus guter Quelle, daß Italien in Ägypten erklärte, es würde die Zurückgabe der Häufe an den dortigen Gesandten als unannehmlichen Akt ansehen. — England sucht an S o p h o r u s d e n k i c h zu versuchen, daß Ägypten tatsächlich aufgehört hat, eine türkische Provinz zu sein.

Der türkische Widerstand in Tripolis.

Wien, 18. Oktober. Nach einer Meldung der Tribuna aus Tripolis scheint die Situation in Bengasi sehr ernst zu sein.

sein. Die Lage sei dort viel gefährlicher, als in Tripolis. Die Türken bereiten sich zum Widerstand auf Tob und Leben vor. Die Zahl ihrer regulären Truppen übersteigt 2500 bis 3000 Mann.

Das Programm des neuen türkischen Ministeriums.

Amittelbar nach Eröffnung der Deputiertenkammer am Mittwoch verlas der Großwesir sein Programm. Er hob die Schwierigkeit der Übernahme der Regierung unter den jetzigen Umständen hervor. Jedoch gebe es für den Redner fort, in den Befehle der Hölzer Augenblicke, in denen die Staatsämter nicht stürmen dürften, ihre Pflicht zu tun. Bezüglich der beständigen Reformen auf allen Gebieten der Verwaltung kündigte er eine Reihe von Gesetzentwürfen an, darunter ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit. Die Regierung würde sich bemühen, die Vorkommnisse durch die Einführung von Handelsverträgen zu verbessern und, falls sich dies verweigere, inzwischen eine vierprozentige Zollschöpfung einzuführen. Die Patentsteuer soll reformiert und auf Fremde angewendet, sowie eine Verzehrsteuer eingeführt werden. Betreffend die Privilegien der nicht-muslimischen Gemeinden erklärte der Großwesir, die Regierung würde die bestehenden Privilegien und Rechte wahren.

Bei den öffentlichen Bauten würde die Regierung die Teilnahme des auswärtigen Kapitals und der auswärtsigen Technik fördern. Betreffend die äußere Politik erklärte der Großwesir: Wir werden zunächst an der

Abgabe der Tripolisfrage

arbeiten in einer Weise, die wir für die Interessen des Landes am günstigsten halten. Wir wollen uns der Vertikung der freundschaftlichen Beziehungen mit allen befreundeten Mächten, besonders mit den Nachbarstaaten, widmen. Wir legen Wert darauf, unsere normalen aufrichtigen Beziehungen zu allen Völkern aufrechtzuerhalten und zu verhalten, die auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens und zweifelsfrei bringens unserer gemeinsamen Interessen. Wir haben keine aggressiven Absichten und keine ehrgeizigen Tendenzen gegen irgendein Land oder irgendeinen Staat, im Gegenteil ist es unser wärmster Wunsch, die legitimen Rechte aller Länder zu respektieren, allerdings aber die Rechte für unsere eigenen legitimen Rechte zu erwirken. Selbst wir einerseits die materiellen Vorteile für diese Dispositionen liefern und andererseits die den Mächten und den Interessen des Landes nützlichen Entente gewährleisten, haben wir das Verlangen, die uns zum kommenden friedlichen Frieden zu erfüllen. Der Großwesir sicherte an Schluß seiner Ausführungen im Falle eines Vertrauenssystems die volle Durchführung seines Programms zu.

Politische Ueberlicht.

Halle a. S., den 19. Oktober 1911.

Nichts von Maroff!

In ganzem Geringemgemäß gefüllt, die Verförderung des schlechten Gemittens, erließen der Reichstagsler v. Bethmann Hollweg am Mittwoch im Reichstag, um für die Verantwortung der Interpellationen über die auswärtige Politik einen Aufschub zu erbiten. Seine Partei widersprach, denn es war allen bekannt, daß sie sich in einer Zwangslage befand. Fraglich ist nun, ob sie sich in diese Lage selbst herbeiführen mußten. Zwischen dem beiden Regierungen ist die Einklangnahme verhandelt bis zum Zeitpunkt, an dem die Einigung gelungen — oder endgültig gescheitert sein wird. Aber hätte diese Einigung nicht schon früher erfolgen können, und war es nicht möglich, die Verhandlungen so anzulegen, daß sie ohne Schädigung ihres Zieles auch in aller Öffentlichkeit geführt werden konnten?

Wenn irgendwas das Geheimnis nicht die Würdigung des Erfolges war, dann hier. Sollte die deutsche Regierung nicht durch die geradezu verächtliche Art nach Madrid der Welt ein Häufel ausgehen, so würde die ganze politische Verantwortung auf sich genommen nicht nötig gewesen. Sollte man glauben, obem Kampf der Banker und die Welt für sich zu gewinnen, wie sie sich immer glücklicherweise erpicht haben, so wäre der Welt viel Aufregung und der deutschen Regierung eine sehr schmerzliche Verlegenheit erspart geblieben. Der ganze Maroffhandel kam an dem Abendabseher, daß die Regierung es unterlassen hat, Frankreich und der Welt mitzuteilen, was sie eigentlich will. Daß sie mit ihrer Bitte um eine Salgen-

frist und der Beratung auf ihre Notlage lust keinen herablassen Einbruch macht, darüber ist sie wohl sich selber vollständig klar. Trotz ihres Schmeigens weiß man ja, daß man sich über die Hauptfrage, das französische Protektorat in Maroffo, im Streit nicht hat, ebenso über die Sicherung der deutschen wirtschaftlichen Interessen in dem neuen Schutzgebiet. Was darüber man jetzt noch handelt und feilscht, die wichtigsten Kompromissionen, das ist dem Volk total gleichgültig. Es hat nur den Wunsch: keine neuen Kolonien!

Keine Kompensationen in der Maroffofrage?

Der Frankfurter Zeitung wird über den Gang der Maroffo-Verhandlungen aus Berlin telegraphiert:

Es scheint, nach den Äußerungen der französischen Presse zu urteilen, daß die französische Regierung von den grundsätzlich anerkannten Kompensationen einiges juristisch nicht will. Wenn das geschieht und man sich über die Abtretungen nicht so, wie ursprünglich vorgezogen war, einigen könnte, so würde das zweifellos das Schmelzen der ganzen Verhandlungen bedeuten, und dadurch würde eine neue politische Lage geschaffen werden. Was das zu bedeuten hätte, braucht man urteilsfähigen Politikern nicht erst zu sagen.

Das Berliner Tageblatt weist in seiner Ausgabe vom Mittwoch abend darauf hin, daß der Reichstagsler im Reichstoge nur betont habe, daß es seine Absicht sei, dem Reichstoge Gelegenheit zu geben, über die auswärtige Politik sich auszusprechen. Das freisinnige Blatt zieht daraus den Schluß, daß damit keineswegs dem Reichstag ein bindendes Versprechen gegeben worden ist, denn wenn die Maroffofrage auf erneute Schärferfragen hinken sollte und sich die Verbindung etwa über den Dezember hinausziehen würde, dann wäre es ja Weltmann Solweg eben nicht mehr möglich, seine Absicht in die Tat umzusetzen.

Es gewinnt wirklich fast den Anschein, als ob die Maroffofrage doch noch in den Mittelpunkt des Wahlkampfes gerückt werden sollte, und als ob die „Kriegsgefahr“ zur „Babyparole“ erlören sei. Damit läßt die Regierung den Wählern der meisten bürgerlichen Parteien entgegen — es sei nur daran erinnert, daß die Welt schon im Laufe dieses Sommers an die Regierung die Aufforderung gerichtet hat, sie möge mit irgend einer auswärtigen Macht einen Streit vom Zaune brechen, damit einen gewissen Kriegszustand erzielen und in diesem Zustand die Reichstagswahl vornehmen lassen. Jedemfalls gebietet die gegenwärtige überaus kritische Situation, sich auf alle Eventualitäten gefaßt zu machen.

Gegen die Feuerung.

Eine gewaltige Demonstration gegen die Feuerung veranstaltete Dienstag abend die Berliner Arbeiterchaft. Es fanden in Groß-Berlin 78 Versammlungen statt, die von rund 80 000 Personen besucht waren. Besonders zahlreich war die Teilnahme der Frauen, die auch mehr als bei irgendeiner anderen Demonstration Frauen als Rednerinnen Verwendung fanden. Die Säle erwiesen sich trotz der großen Zahl von Totalen, und trotzdem meist 2-3 Säle in einem Lokal zur Verfügung standen, überall als zu klein. Treppen und Straßen waren von Menschen belagert und ein sehr großer Teil mußte an den Türen wieder umkehren, weil es unmöglich war, noch Einlaß zu finden. Es wurde überall eine einstimmige Beschlussektion angenommen, in der Befreiung und sofortige Aufhebung aller Hölle auf Lebenszeit, Aufhebung der Einfuhrzölle, Aufhebung der Grenzschranken für Fleisch und Vieh und Organisation des Massenbezugs unentbehrlicher Nahrungsmittel durch die Gemeinden verlangt wird. Sämtliche Versammlungen waren diesmal polizeilich überwacht. Selbst in einer Versammlung der Kaufmännischen thonte ein Polizeioffizier.

Die Agrarier gestatten es nicht!

Dem Fränkischen Kurier war aus Berlin gemeldet worden, daß das preussische Staatsministerium in seiner Monlagsitzung einen Antrag Bauerns auf teilweise Ermäßigung des Maispreises grundsätzlich genehmigt habe und daß die Annahme des Antrages im Reichstagsrat gefastet worden sei. Dem tritt die Deutsche Landtagszeitung entgegen, indem sie deklariert: „Das preussische Staatsministerium hat zu dem Antrag, den Bauern im Bundesrat gestellt, bisher keinen Beschluß gefastet. Wir glauben, gut unterrichtet zu sein, wenn wir sagen, daß die maßgebenden Stellen in Preußen dem baherischen Antrag nicht zustimmen werden.“

Das Monopol.

Sozialer Roman aus dem russischen Volksleben von Karl Kusls.

Barbara Dmitriewna, welche seit dem Gespräch mit Julie Karlowna ihren Sohn und Natalia häufiger beobachtete als früher, freute beide mit einem schmalen Lächeln. Aber sie konnte nur bemerken, daß über Gled Nikolajewitsch Antisig ein düsterer Schatten lag, und daß Natalia, als merkte sie, daß diese Worte unüberlegt waren, gleich darauf die Augen zu Boden senkte.

„Wollen Sie uns wirklich verlassen, Natalia?“ fragte die alte Dame sehr teilnehmend. „Und das sagen Sie uns erst jetzt in Gegenwart anderer? Es klingt ja ganz wie eine Willkür. Haben Sie Ursache gehabt, irgendwie unzufrieden zu sein?“ Während Natalia hastig eine Antwort tief ergrübelte und den Kopf auf die Brust sinken ließ, nahm Gled Nikolajewitsch zu ihrer Verteidigung häufig das Wort. Er sagte: „Die Schuld, daß die von Natalia's Absicht bisher nichts erfahren hat, trifft ausschließlich mich, liebe Mutter. Natalia hat darüber bereits mit mir gesprochen, ich verzah mich“ — bei diesen Worten errotete auch er.

Julie Karlowna, welche neben Barbara Dmitriewna sah, war für einen schmalen Blick zu, ließ sich aber bedenklich mit dem Ante an. Da wurde Barbara Dmitriewna sehr ernst und niedererschlagen. „Ach, denke“, mitleidete sich Babescha Karlowna mit sich, „es wäre das beste, Natalia käme — wenn sie sich durchaus in Moskau eine feste Stelle finden will — einmündig wieder zu uns. Sie kann dann alle nötigen Schritte in Ruhe tun, braucht nicht das erste beste, was sich ihr darbietet, annehmen, schließlich kann ich ihr auch mit Rat und Tat hilfreich zur Seite stehen.“

„Dafür meinen besten Dank“, antwortete anstatt Natalia's Gled. „Wir sehen ja aber in einigen Tagen nach Moskau in unsere Winterquartiere. Natalia könnte deshalb noch so lange bei uns bleiben.“

Natalia von ihrem Entschluß zurückzuhalten, aber die alte Dame schwieg.

„Nun, so ist es abgemacht und bleibt's dabei, daß Natalia heute mit uns fährt“, rief Babescha Karlowna lebhaft aus. „Aber nein doch, nein!“ meinte Dudow mit fast ängstlicher Gebärde ab. „Wozu diese Heberührung?“

„Ich traue ihm nicht die Wege aus dem Meiden. Und er würde, was dieser Brief zu bedeuten hätte. — Sie wollte fort, um das reine und edle Bild, welches sie jetzt von ihm im Herzen trägt, darin auch rein zu bewahren! Er fühlte es, daß sie vor ihm entweichen wollte, weil sie nicht die Kraft besaßen hätte, ihm zu widerstehen, weil sie ihm nicht die Kraft gestanden, sich auf die Dauer zu beherrschen. Und wenn auch der Gewante, sie vielleicht auf immer von sich scheiden zu sehen, ihn unendlich schwer bedrückte, er war es ihr, was je vor allem seiner Mutter schuld, daß er sie nicht ließ, daß er nie mehr ihren Weg kreuzte.“

„Wen Natalia zu gern ihr Glück anderswo versuchen will, wäre es doch unredlich, sie aufhalten zu wollen. Zu weit ja, meine Junge, das auch ich um ihr Glück besorgt war, für sie Antunischkin schmeichelte, aber es ist doch immer das beste, man läßt einen jeden sein Glück finden, doch er es zu finden hofft.“

„Neht weigere Dudow, daß seine Mutter achte, was in seiner Seele vorging, denn daß sie gegen Natalia's Absicht einzuwenden hätte, daß sie sonder das unumternte, lag nicht in ihrem Wesen, sondern nur in dem von Natalia's billiger sein. Sie aus seiner Warte verbannt zu wissen. Um sie aber glauben zu machen, daß ihm an Natalia's Gegenwart nichts gelegen sei, erwiderte er mit verhehltem Gleichmut: „Liebrighen hast du recht, Mutterchen. Und da Natalia nun einmal den Entschluß gefastet hat, so werden wir — wohl oder übel — gute Worte zum besten Ziel machen müssen!“

„Er wollte das fatale Gespräch abbrechen und wandte sich daher an Leonid Kravanzewitsch mit der Frage: „Sagen Sie, bitte, was Sie nun zu der von mir demonstrierten, praktischen Lösung der Alkoholfrage meinen?“

„Ich habe mich nicht entschlossen, die Sache zu unterstützen, sondern sie zu unterstützen.“

„Wollte er die interessierten Kreise. Ihr Beispiel demonstriert verpöten, sich den Teufel daran bekommen, ja Sie selbst für einen unpraktischen Schwärmer halten werden, der wie Don Quijote einen Kampf mit Windmühlen unternimmt und schon im voraus über seinen Sieg triumphiert!“

„Es ist sonderbar“, sagte Dudow, „daß mir selbst dort, wo es um Antisig hat, als können unter Antisig sich einigen, von ganz anderen Grundlagen ausgehen. Sie nennen einen Kampf mit Windmühlen, was doch zweifellos Sache der Aufklärung ist! Oder glauben Sie wirklich, daß ich so naiv bin, von meinem Beispiel gleich eine katastrophale, allseitige Nachahmung zu finden? Vielleicht nur eine kleine, weil ich die Natur, um sich auf solche Weise beizuführen lassen und aus moralischen Gründen die auf melfende Auf gegen eine minderwertigere vertrauen. Wir kam es aber nicht auf ein Selbstfabrikanten an. — In dieser Hinsicht mag mein Beispiel mit Recht unpraktisch genannt werden. Es haben aber das Volk vernehmen, das sich auch nur sehr langsam und schwerfällig neuen Ideen annimmt, dessen Selbstbehaltungstrieb es aber früher oder später aus dem gebantlossten Anbrüten, dem passiven Dulden, der es seinen fürchterlichen Feind nicht sehen läßt, aufschrecken muß. Der Glaube ist es wohl, daß es meine Idee nur eine Methode mehr ist, die Gegenwärtigen vor vieler Reuen meine Schriftarbeit schloß? Die Idee wird jetzt, — selbst von den ihr feindlichen Elementen —, wie ein guter Samen auf fruchtbares Ackerland getragen werden, wird den Bauern vorbereiten helfen, der der ganzen Welt beizuführen zum Segen erheben muß! Dem Volk muß es eben erst klar zum Bewußtsein gebracht werden, wo die Wurzel seiner Hebel zu finden sind, und ich zweifle keinen Augenblick, daß die Gefahr der Kämpfer gegen den Verderber größer und größer werden wird, trotz aller Spottredn trotz aller Verböhmung von Seiten der gegenwärtig interessierten Kreise.“

(Fortsetzung folgt.)

Die preussische Regierung weiß also jetzt, wie sie sich zu verhalten hat und sie wird sich nicht unterlassen, gegen den agrarischen Stand zu fällen.

Deutsches Reich.

— Landtagsverhandlung in Berlin. Am 5. Berliner Landtagswahlkreis fanden am Dienstag die Verhandlungen für den bezogenen oder vertriebenen Wahlmänner statt. Es gelang der Sozialdemokratie, die Wahlkreise in der dritten Abteilung (am 1. und 2. wieder zu gewinnen und in der ersten und zweiten Abteilung noch je drei Wahlmännermandate neu zu erobern, während in der ersten Abteilung eines verloren gingen. Der Kreis bleibt der Sozialdemokratie unter allen Umständen erhalten.

— Folgen der Rindbohrer. Die Aktiengesellschaft für Rindbohrerfabrikation Stahl u. Nölke in Kassel, eines der größten Rindbohrerwerke in Preußen, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr 1901/02 Dividende nicht verteilen. Beschränkung des Umsatzes und kurze Einkünfte der Produktion an Rindbohrer hatten zur Folge, daß nicht nur kein Gewinn erzielt wurde, sondern noch ein Verlustbetrag von 50 000 Mk. entstand. In früheren Jahren hatte die Firma stets acht Prozent verteilt.

— Der Handbundspräsident will nicht in den Reichstag. Die Mitteilung, daß die Reichstagskandidatur in ihm dem Präsidenten des Handbundes, Meißner, angeboten worden ist, bestärkt sich. Meißner hat aber die Kandidatur abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß er aus feines der früheren Anerkennung abgelehnt, die aus anderen Kreisen an ihm ergangen seien.

Dänemark.

Neueinteilung der Wahlkreise. Gemäß wie beim deutschen Reichstagswahlrecht ist auch beim dänischen Wahlrecht die städtische Bevölkerung und namentlich die der Hauptstadt durch eine höchst ungerechte Wahlkreisverteilung benachteiligt. Die Regierung hat nun einen Vorschlag zur Neueinteilung der Wahlkreise eingebracht. Der Vorschlag stimmt im wesentlichen mit dem in der vorigen Session vom Reichstag, jedoch nicht vom Landsting, der Zweiten Kammer, angenommenen überein. Jedoch sind dabei die Ergebnisse der letzten Volkszählung berücksichtigt worden, wenn auch nicht so, wie es eine wirklich gerechte Wahlkreisverteilung erfordern würde. Kopenhagen soll zwar 19 statt bisher 13 Wahlkreise abgeben, aber es würde dabei immer nur ein Abgeordneter auf rund 25 000 Köpfe der Bevölkerung kommen, während in den anderen Wahlkreisen 10 000 bis 20 000 Köpfe schon einen Abgeordneten erhalten sollen. Die Zahl der Reichstagsmitglieder soll von 114 auf 120 erhöht werden, und außerdem wird die Einführung eines Stichwahlsystems vorgeschlagen. Die Reform würde trotz ihrer Mängel einen guten Schritt vorwärts bedeuten.

Belgien.

Nach den Gemeinderatswahlen. Gemäßige oppositionellen Kräfte fordern die Regierung auf, angelehnt des Ergebnisses der Gemeinderatswahlen vom Sonntag zu demissionieren. Sollte das Kabinett dieser Aufforderung nicht Folge leisten, so werde man den König zwingen, eine Auflösung des Parlaments vorzunehmen. In gut informierten Kreisen glaubt man, daß die Auflösung des Parlaments noch im Laufe des Januar, spätestens aber Februar nächsten Jahres erfolgen wird.

Aus der Partei.

Polizeiliche Jagd auf Kranzschleifen — Störung des Begräbnisses.

Bei der Beerdigung der Genoffin Kaiser in Breslau verlangte die Polizei wieder einmal die Entfernung der roten Kranzschleifen, weil sie in denselben ein „außergewöhnliches“ Zeichen des Leidens beging. Zu dem die Genehmigung eingeholt werden mußte. Die Kranzträgerinnen mußten, wollten sie das Leidensbegingnis nicht füren, auf polizeiliche Anordnung in Dresden Platz nehmen, wobei die Polizei peinlichst darauf achtete, daß das Rot der Schleifen von den Straßenpassanten nicht zu sehen war. Als ein dieser Droschken etwas schneller fuhr, ließen mehrere Schaulustige im Laufschritt hinterher, damit die Entfaltung der Schleifen verhindert werden könnte. Und diese Polizeiliche, die natürlich die herabstürzende Genoffin an ihrer Leibtrage nicht hervorrief, wurde in Szene gesetzt, trotzdem erst vor wenigen Tagen vier Genoffen von der Anklage, ein „außergewöhnliches Zeichenbegingnis“ veranfaßt zu haben, bei dem die Polizei in ähnlicher Weise vorging, freigesprochen wurden.

Ein Wort — 200 Mk. Geldstrafe.

Der Genoffe Faber von der Weimarerischen Volksgesellschaft in Jena hat sich am Freitag vor dem Landgericht in Eisenach zu verantworten, weil er die Richter in Weimar beleidigt haben sollte. Er hatte an den Preispruch eines Angeklagten, des Oberzahnmeisters Rame, die Bemerkung getupft,

ein sozialdemokratischer Redakteur wäre jedenfalls nicht freigesprochen worden. Die Strafkammer des Landgerichts Eisenach nahm an, daß, wenn Faber nur geagt hätte: ein Redakteur wäre nicht freigesprochen worden, er hätte freigesprochen werden müssen. Durch die Einschaltung des Wortes „sozialdemokratischer“ aber hätte er die Richter in Weimar der Parteilichkeit geziehen und sie somit beleidigt. Das Urteil lautete auf 200 Mk. Geldstrafe.

Gewerkschaftliches.

Zum Kampf im graphischen Gewerbe.

Durch das Wachstum der Schirmmader im Schuberband der deutschen Eisenbrennereibetriebe sind mit Ablauf der vorigen Woche 2500 Lithographen und Steinbrucker aufs Pflaster geflogen. Die Gesamtzahl der sich bereits vorher im Streit Gegebenen und der Ausgepörrten beträgt zusammen 4500. Zu der am 15. September in Berlin gefassten Verhandlung erklärten die Unternehmer die bekannten Leipziger Forderungen, 8 1/2 statt 10 stündige Arbeitszeit für Drucker und Erhöhung des Gehältnes für Lithographen und Steinbrucker im ersten Gehältnes auf 24 Mark als unannehmbar. Sie wollten den Angestellten nicht entgegenkommen, allerdings nur auf dem Papier, da die von den Unternehmern angebotene Arbeitszeit schon fast laug für die Drucker reicht; ebenso wollten der angebotene Mindestlohn von 24 Mark im ersten Gehältnes nur für einen verarmenden kleinen Teil der Lithographen und Steinbrucker eine Verbesserung bedeuten. Ueber die anderen Forderungen, Abschaffung der Akkord- und Prämiendarbeit, Verrückung der Ueberstunden und Heimarbeit, Ferienfrage und Lohnzahlung usw. wurde nicht mehr verhandelt, da die Unternehmer ein weiteres Verhandeln für überflüssig hielten. Am allgemeinen ist die Lage für die Lithographen und Steinbrucker äußerst ärmlich und ist namentlich durch das Herausziehen aus den Privatbanken die Situation für das Unternehmertum äußerst kritisch geworden.

Streit in der Dresdener Lederwarenindustrie.

Am Montag, den 16. Oktober, haben aus den Betrieben Sarrasin u. Koenig, Borsch u. Kuchmann, Robert u. So. Kuchert, Kiesel u. Engelmann, Jordan u. Zimmans, Gerling u. Rodtrob, König, Schiebeler zusammen gegen 2800 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. Diesen Unternehmern waren die Forderungen, die in einigen Positionen etwas reduziert wurden, am Montag von den Arbeitern als Ultimatum vorgelegt worden. Die Unternehmer waren zu keiner Einigung zu haben. Inzwischen ist bereits mit der großen Waffelfabrik Gebr. Bornmann (500 Personen) und mit der Zunderwaren- und Schokoladenfabrik A. Selmann (450 Personen) sowie mit der Waffelfabrik A. Heilmann (12 Personen) eine Vereinbarung durch Anerkennung der Forderung zustande gekommen. In Betracht kommen für die bisher in die Bewegung einbezogenen Betriebe, die noch nicht bewilligt haben, insgesamt rund 4000 Personen, so daß reichlich 1/3 davon die Arbeit einstellten. In mehreren Großbetrieben ist der Streit ein vollständiger, es besteht somit die beste Aussicht auf einen guten Erfolg der Bewegung. — Zugang ist ferngehalten.

Der Kampf der Metallarbeiter in Barmen und Eberfeld, der nun schon zwölf Wochen dauert, wird auf beiden Seiten mit besonderer Heftigkeit geführt. Die Unternehmer haben, wie wir bereits früher berichteten, die Akkordarbeiter, die ihre angefangenen Akkorde bei Beginn des Streiks nicht fertig gestellt hatten, wegen Kontraktbruchs auf Zahlung von Schadenersatz verklagt und auch bereits vor einigen Wochen am Obervergericht in Barmen ein prinzipielles Urteil ergiebt, wonach die Arbeiter zur Zahlung des Schadens verurteilt wurden. Die Unternehmer waren dagegen beurteilt worden, den einschaltenden Lohn zu zahlen. Wegen Feststellung der Höhe der beiderseitigen Forderungen ist dann vom Gericht ein Sachverständiger ernannt worden. In der letzten Sitzung lag von diesem ein Gutachten vor, auf Grund dessen 70 Arbeiter von drei Firmen am Lohn 2208 20 Mark zu fordern haben, während sie an den Unternehmer für entfallenden Schaden 10 286 49 Mark zu zahlen haben, wenn der Streit beendet wird, oder 54 518 35 Mk., wenn der Streit noch länger dauert. Das Gericht hat sich dem Gutachten angeschlossen und demgemäß die Urteile gefällt. Die Arbeiter werden gegen die Urteile, die nach mehr als einer Seite unbillig sind, Berufung einlegen, so daß sich die ordentlichen Gerichte schon damit zu befassen haben.

In demselben Tage, da diese Urteile gefällt wurden, haben die Streikenden der Nadelmaschinenbetriebe — diese kommen bei den Schadenersatzklagen nur in Frage — zu dem Streit erneut Stellung genommen, und da die Unternehmer noch kein Entgegenkommen zeigen, mit großer Mehrheit beschlossen, im Streit zu verharren. Das Ende des Kampfes ist also noch nicht abzusehen, um so mehr wird der Zugang nach Barmen und Eberfeld ferngehalten werden.

Allerlei.

Unwetter in Spanien.

Die Provinz Katalonien ist von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht worden. Hagel und Sturm richteten empfindlichen Schaden an und forderten zahlreiche Opfer. Der Schaden von Barcelona ist der Zornelma in Schutt und Asche geblieben. Die Eisenbahnlinie ist auf eine Strecke von 500 Meter hin vom Bahner unterbrochen und fast gänzlich zerstört. In Castellon wurden sämtliche alte Häuser niedergebrosen und entzweit. Die Flüsse bedrohen die Brücken und reifen, alles, was sich ihnen in den Weg stellt, mit sich fort. Die Orangenkulturen des ganzen Unwettergebietes sind vollständig vernichtet. Die Straßen von Castellon sind völlig unter Wasser. Bis jetzt gelang es, zwei Leichen zu bergen. Mehrere Personen werden vermisst. Der Eisenbahnverkehr erleidet außerordentliche Veränderungen, so wie er überhaupt aufrecht erhalten wird. Der Hagel vorüber, aber die Barcelona vorüber, ist, ist weit über das Alter getreten dadurch der Unwetter, ist ein empfindlicher Schlag auf Jahre hinaus verfest worden ist.

Grubenkatastrophe in Frankreich.

39 Bergleute getötet!

Infolge einer Schlagwettersplosion wurden in der Grube Perbet bei St. Etienne 39 Bergleute abgetötet, 21 Leiden gezeigten worden. — Nähere Einzelheiten über das schreckliche Unglück fehlen noch.

Seine Suhe.

Nach berühmten Missetaten erließ dieser Tage ein Pariser Witte aus Demonia in Völkern in der Germania in bester Form einen Anruf um Gaben zum Bau einer katholischen Kirche. Den betrieblen Pariser erregte ein Leser des Blattes durch folgende Worte:

Ich habe dein Gebot gelesen und bin entsetzt von ihm gewesen. Niemand, ich kann's dir nicht verbieten, es ist die Wirkung nicht verbieten. Wenn ich auch ich auf deinen Ruf, Mein Gebot, was ich nicht verbieten. Doch ach, ich bin ein armer Mann. Der leidet dir nichts geben kann. Der selbst nur hat sein kärglich Brot. Den du nicht die Lebensmittel hast und weil ich leider nicht kann kochen. Nimm drum altes mein Verprechen: Ich will als guter braver Christ, Soweit's in meinen Kräften ist. Demein's gehört zu meinen Pflichten — Die du betrieblen, was ich nicht verbieten. Am Wochtag geht's um Kopf und Kragen. Dann will auch ich ihn rauben — Jagen In Reich und Günst in Kampfe steht: Die Jernsternst muß unterrichten. So lieber Herr, dies Gebot ist Mein' Gab.

Ein frommer armer Christ.

Öffentlich denken mehr fromme Christen ebenso und geben dem Zentrum am Wahltag die Duntung für seinen Volkerverrat.

Glaube und Heimat mit Langvergessen.

Der Kaufmann schreibt: Wie fun den Vorhubs und Schließens handhathen doch unrecht, wenn wir meinen, ihr literarische Schriftsteller über das Weize Wohl, die Erde oder die Waife von Lomoad nicht hinaus; und doppelt, wenn wir sagen, die Herrichtung ihrer theatralischen Veranstaltungen entbehre den Reiz der Stimmung. In einem Wort im Hohen Berlin wird zuerst Schänders Glaube und Heimat getupft. Und der Theatergettel befindet:

Unbetrübliche.

Deut und die folgenden Tage:

„Glaube und Heimat“.

Die Tragödie eines Volkes in fünf Akten.

Während der Pausen:

Tanz in kleinen Saal.

Wenn das nicht zieht, dann ist der Kunst nicht mehr zu helfen!

kleines Allerlei. Die Schießerei der Medlenburger Jünger. Auf dem Gute Neuhof bei Röddel in Medlenburg verhafteten 20 entlassene Schützer angeblich das Gutsbesitzer zu hürnen. Der Gutsbesitzer verurteilte mehrere von ihnen durch Gewerkschaften. Im Laufe des Schießens kann der Jünger seine Arbeitssklaven wie Wild abjagen, ohne daß ihm deswegen auch nur das geringste geschieht. Auf der Kleinbahnfrede von Wachen nach Seltberg schlug ein Wagen des Jünger aus. Hierbei wurden fünf Personen schwer und 12 leichter verletzt. Die Feuerwehr und Sanitätskolonne waren an der Unfallstelle tätig zum Anlegen ersten Verbande. — In Marzelle sind drei große Getreidegroßhändler verhaftet. Das Defizit beträgt fünf Millionen Mark.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten.

Herren-Artikel

Reklame-Angebot

Freitag

Sonnabend

Sonntag

Nur soweit Vorrat.

<p>Farbige Ober-Hemden für Herren</p> <p>Zephyr, vorzügliche Qualität, mit festen Manschetten</p> <p>2⁹⁵</p>	<p>Waschseidene Ober-Hemden</p> <p>hochelegante Modifarben, streng prima Qualitäten</p> <p>bisher. Verkaufswert 7 Mk.</p> <p>jetzt 4⁹⁵ Mk.</p>	<p>Farbige Ober-Hemden für Herren</p> <p>Zephyr durchgestreift, mit festen Manschetten, prima Qualität</p> <p>3⁹⁵</p>	<p>Weisse „ Serviteurs „</p> <p>mit Falten, teils gestickt, Popo und glatt</p> <p>bisher. Verkaufswert bis 12⁹⁵</p> <p>kleine Form 38 Pf. große Form 48 Pf.</p>	<p>Farbige Ober-Hemden für Herren</p> <p>La. Levante, teils durchgestreift, teils einfarbig, feste Manchetten 4.50</p> <p>3⁵⁰</p>
---	---	--	---	--

Leopold Nussbaum.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster

Zur Aufklärung!

Die Brauereien von Halle u. Umgeg. erlauben sich hierdurch, das hiertrinkende Publikum ausdrücklich noch einmal auf den Leitartikel der „Saale-Zeitung“ in Nr. 487 vom 17. Oktober aufmerksam zu machen.

Wir glauben das um so eher tun zu dürfen, als dieser Artikel aus der Feder eines höheren Sanitäts-Offiziers stammt.

Die Ausführungen der „Saale-Zeitung“ lauten:

Truppenübungsplätze und Heeresgesundheit.

Ein höherer Sanitätsoffizier schreibt uns: Eingehende, von dem Chef der Medizinal-Abteilung des preussischen Kriegsministeriums, Czellenz v. Schierning, überwachte und bis auf die

Auregung des Kaisers

hinauf zurückzuführende bakteriologische Untersuchungen über die Typhusfälle, besonders in Döberitz und in dem nie recht keimfrei gewordenen Eisenborn haben den Nachweis erbracht, daß die abnormen Wasserverhältnisse in den Monaten Juli und August die lokale Ursache der zwar nicht epidemisch, doch ziemlich umfangreich aufgetretenen Unterleibskrankungen unter den übenden Truppen gewesen sind. Eine vergleichende Statistik hat dabei ergeben, daß auf den Plätzen, wo ein besonders hoher Verbrauch an Limonaden und ähnlichen lokal-fabrikrierten Genußmitteln zu verzeichnen gewesen ist, die Anfälligkeit erheblich größer war, als u. a. in den süddeutschen Badenkontingenzen, deren bayerische, badische und schwäbische Belegungen mehr zum Bier- und Weingenuß inclinieren. In Sagenau, in Bistich, in Darmstadt, in Münsingen, Grafenöhr, Hammelburg und auf dem Lechfelde scheint, allen Gegenbehauptungen der Temperenzler zum Trost, das Bier als Keimträger und in der Ansteckungsprophylaxe gute Dienste geleistet zu haben. Auch in Ost- und Westpreußen, wo der Gerstensaft den einst dort intensiv konsumierten Schnaps völlig verdrängt hat, war der Gesundheitszustand relativ, und im Verhältnis zu einigen mitteldeutschen Übungsplätzen sehr befriedigend. Es sind fernerzeit die damaligen Kommandierenden des 1. und 17. Armeekorps, die

Generale Febr. v. d. Holz,

der jetzige Generalfeldmarschall und Armeesinspiziteur, und von Mackensen es gewesen, die nach einer Periode der fast totalen Abstinenz in den Militärfantimen wieder dem mäßigen Genuß das Wort geredet haben.

Wir bringen diesen Artikel, der, wie schon erwähnt, aus der Feder eines höheren Sanitätsoffiziers stammt, ohne jeden Kommentar und wollen nur noch ganz kurz hinzufügen, daß laut amtlicher Feststellung, bei der letzten großen Choleraepidemie in Hamburg 1896 auch nicht ein einziger Brauereiarbeiter dieser Krankheit zum Opfer fiel.

Zur Charakteristik der Alkoholgegner sei darauf hingewiesen, daß sich in einer Ladenauslage, Alte Promenade Nr. 10 (nahe der Geiststraße), eine Menge alkohol- und biergegnerischer Schriften befindet, von denen ein Plakat die hervortretende Aufschrift trägt:

„Wie die Brauer das Volk betrügen“.

Jede weitere Bemerkung halten wir für überflüssig.

Bezirksgruppe Halle S.

des Brauerei-Vereins Leipzig.

Zur Abhilfe der Lebensmittelverderung mehrere Waggon Seefische!

Nur die billigste Ware, Mäßige Preise.

Seelachs ohne Kopf	25	Kabeljau ohne Kopf	28
Schellfisch ohne Kopf	35	Perlmuschel-Schellfisch	28
Angelschellfisch mittel	35	Karibunden vollr. bratt.	35
Angelschellfisch groß	40	Bratschellen biß u. fett	35
Bratzen	65	Scholle groß	45
Bratzen	65	Austernfisch-Roteletten	50
Tafelzander groß	95	Wollmilch 2-4	65
Flusslachs rotkehlzig	125	Steinbutt 2-3	115
Flusslachs i. Anschnitt	145		

Grüne Heringe, frische Seemuscheln, Nordsee-Krabben, lebende Karpfen, Aale u. Schlei.

Probieren Sie unsere **Riesen-Fetteringe**, 3 Stück nur 25. 3 Stück wiegen fast 2 P. Trotz der Größe sehr fett und zart, köstliches Fleisch. Zu Heringsalat und allen Heringsopfeisen sehr beliebt.

Von Riesenheringen macht man Gabelbeifen. Recepte dazu gratis.

Gr. Urlöhstr. 58. „Nordsee“ Farnspröcher 1975.

Größte Hochseefischerei Deutschlands. Vertreter: Albert Assmus. Prompter Versand nach auswärt.

Barchenthemden, Normalhemden, Strickjacken, Jagdwesten, Fliedjacken, Winterkleiderstoffe, Lama-Plaid. kaufen Sie gut u. billig bei **M. Gottheil**, dr. Klausstr. 2, Ecke Grossestr.

Puppen-Köpfe für Balge u. Kugelgelenkpuppen **C. F. Ritter**, Leipzigerstrasse 90.

Rossfleisch, H. Burtwerner und werm. B. r. k. u. v. von Aug. Tharm. emblecht. täglich frisch. **Max Felsch, Schmießer 37** und **Zimmendorf**, Wärmigerstraße 9.

Weisse Mäuse lauft **Zoolog. Handlung, Geistst. 26.**



Unsere

Puppen-Ausstellung

ist eröffnet.

Unerreichte Auswahl. Billigste Preise.

Charakter-Puppen

von 50 Pf.

bis 30 Pf.

C. F. Ritter,

G. m. b. H.

Halle a. S., Leipzigerstr. 90. Mitglied des Rabattparvereins.

Vorzügliches neues

Thür-
ringer

Pflaumenmus

Pfund **24** Pf.

Allerfeinste, delikate

Braun-
schweig.

Schlackwurst

Pfund **140** Pf.

Freitag — Sonnabend

Feinsten, mildgesalzenen

Casseler

Rippenspeer

Pfd. nur **85** Pf.

F. H. Krause.

Neu-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Halle und Umgegend sowie werten Freunden und Bekannten die ergebene Mitteilung, daß ich am Sonnabend, den 21. ds. Mts., am Markt

im **Roten Turm** (Ecke Roland)

ein drittes Geschäft eröffne und bitte um gütige Unterstützung.

Robert Schlrmer,

Hon'gkuchen-, Zucker- und Schokoladenwaren-Fabrik
Leipzigerstr. 71, Roter Turm, Mansfelderstr. 43, Forstestr. 54

Alle Parteischriften zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung.**

des Reichsvereinsgesetzes nicht bestehen. Damit habe ich das getan, was ich verfassungsmäßig verpflichtet und befugt bin, denn die Sanftmütigkeit der Gesetze in den Bundesstaaten ist den Eingriffen der Reichsbehörde entgegen.

Das ist eigentlich selbstverständlich. (Sehr richtig.) Auch der preussische Minister des Innern hat Anordnungen getroffen, daß nach dieser Grundlinie verfahren wird. (Zuruf b. d. Soz.: Es kümmert sich niemand darum!) Erörterungen über das Vorgehen der einzelstaatlichen Beamten gehören vor das Forum der betreffenden Landtage.

(Abt. b. d. Soz.) Lebensfälle können mir hier die einzelnen Fälle (von nach der tatsächlichen Seite nicht kontrollieren. (Sehr richtig! rechts.) Zuruf b. d. Soz.: Das hört Ihnen so! Selbstverständlich werde ich das Material den Bundesregierungen zugänglich machen. Sinesseville möchte ich darauf, daß in 23 von 50 Fällen mit einem Reichsmittel überhaupt nicht eingegriffen ist. Man kann aber die Bundesregierungen für die Fälle nicht verantwortlich machen, mit denen sie gar nicht befaßt worden sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, möglichst alle übrigen Fälle zur Entscheidung der letzten Instanz zu bringen. Das ist der einzige Weg, um Klarheit über die juristische Auffassung der Bestimmungen des Gesetzes zu gewinnen. Ich möchte auf einige grundsätzliche Fragen zur Auslegung eingehen. So kommen dauernd Klagen darüber, daß die Polizeibehörden Verordnungen übernahmen, die nach dem Vereinseigenschaft nicht übernahm werden dürfen. (Sehr wahr! v. d. Soz.) Man hat das preussische Oberverwaltungsgericht den Kreis der überwachungsähnlichen Verordnungen in gewisse Grenzen eingeschränkt, während das Reichsgericht sowie das Kammergericht und einige andere Gerichte der Meinung sind, daß alle öffentlichen Verordnungen von der Polizei übernahm werden dürfen. So lange die Entscheidung des Reichsgerichts zu Recht besteht, wird jedenfalls niemand darüber Beschwerde führen können, wenn nach ihr verfahren wird. (Zuruf b. d. Soz.: Und die Erklärungen der Regierung beim Erlaß des Gesetzes!) Ich kann mich für meine Ansicht auf eine Autorität im Reichstage beziehen, Herr Müller's Meinungen. (Der Seiterer b. d. Soz.) Ferner ist die Frage bezüglich der Verordnungen, die von den Vereinen in Bezug auf die Überwachung zu behandeln sind. Es fragt sich dabei, ob die Verordnungen eines geschlossenen Vereins in einzelnen Fällen als öffentliche zu bezeichnen ist. (Abt. b. d. Soz.) Das wird sich aus der Art der Verordnungen, der Zweckbestimmungen und dem Zweck ergeben, ob sich Leute an der Erörterung beteiligen, die nicht Vereinsmitglieder sind.

Ein Gewerkschaftsüberwachung an sich ist natürlich nicht der polizeilichen Überwachung unterworfen. Wenn aber feststeht, daß die Gewerkschaft gewissermaßen nur eingekerkelt hat, daß aber Lehmann, der sich dafür interessiert, sich an den Erörterungen beteiligen kann, so ist die Verordnungen eine öffentliche. Allgemeine Normen über das Verhalten dieser Voraussetzungen können nicht festgelegt werden. Werden sie zu Unrecht angenommen, so haben die Reichsorganismen die Befugnis, dagegen zur Verfügung zu stehen. Es ist ein gewissermaßen ein Einfluß auf öffentliche Verordnungen hat, wird von einzelnen Gerichten verneint, von anderen bejaht, das letztere in Übereinstimmung mit der früheren Praxis in Preußen. Wir werden die letztinstanzliche Entscheidung abwarten müssen. (Zuruf b. d. Soz.:) Das wird sich aus der Art der Verordnungen, der Zweckbestimmungen und dem Zweck ergeben, ob sich Leute an der Erörterung beteiligen, die nicht Vereinsmitglieder sind.

Was das Vorgehen gegen die erkrankten sozialdemokratischen Jugendlichen betrifft, so hat der preussische Minister bezüglich seiner Billigung getan, wenn er die Behörden auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts aufmerksam gemacht hat. Der Gehalt dieses Erlasses ist unbestritten. Nach § 2 kann ein Verein, der den Strafgesetzen zuwiderläuft, aufgelöst werden, und nach § 18 dürfen Personen unter 18 Jahren nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein; für die Zuwiderhandlungen werden Strafen festgesetzt. Danach liegt es im Bereich der sich mit politischen Angelegenheiten befaßt, mit dem Strafgesetz in Widerspruch, wenn er Personen unter 17 Jahren aufnimmt. (Zuruf b. d. Soz.)

Was ein Wahlvereinsverein kann, politisch sein, wenn nachgemerkt wird, daß er Einfluss auf politische Angelegenheiten ausübt. Die Verpflichtung der Vereinsmitglieder zur Auskunftserteilung an die Polizei besteht nur noch insoweit, als die Polizei überhaupt im allgemeinen solche Auskünfte verlangen kann. Öffentlich wird die Tätigkeit der Vereine dazu beitragen, daß die allgemeinen Bestimmungen über die Sanftmütigkeit des Vereinsgesetzes geringer werden. (Zuruf rechts.)

Auf Antrag des Abg. Weber (Soz.) wird die Welpredung der Interpellation beschlossen. Der Reichstag hat zwar keine Disziplinarmassnahmen gegenüber den einzelstaatlichen Beamten, aber er hat das Recht über Verstöße solcher Beamten zu sprechen. (Sehr richtig!) Klarheit über die Bestimmungen des Vereinsgesetzes herrscht wohl nur bei dem Vater des Gesetzes, Herrn Müller's Meinungen. (Seiterer.) So kann niemand mit Sicherheit sagen, welche Verordnungen übernahm werden dürfen. Man sagt, die Polizeibehörde solle sich die richterliche Entscheidung halten. Aber an welche? Die höchsten richterlichen Anordnungen haben in sehr verschiedene Entscheidungen geführt, so A. in der Frage der Polizeibehörde. Wenn die Bestimmungen über die Polizeibehörde übernahm werden dürfen, so Gerade bei einem so wichtigen Gesetz muß der Gesetzgeber klar sagen, was er will. Daß das nicht geschieht, ist darin liegt der schwerste Fehler des Reichsvereinsgesetzes. (Zuruf im Zentrum.)

Abg. Dr. Van d. (natlib.): Die grundsätzliche Übereinstimmung des Staatsvertrags mit den Landesgesetzgebungen nützt uns nichts, wenn die letzteren nicht die Energie haben, ihre Grundzüge auch bei der Anwendung zur Geltung zu bringen. (Sehr richtig!) Trop einer mäßiglichen Anwendung des Reichsvereinsgesetzes, eine wesentliche Verbesserung des früheren Aufbaues (Stenogramm) bei den Reichs- und Staatsverträgen im Zentrum: Sie sind sehr bedenklich! Wenn auch nur ein Teil der angeführten Fälle richtig ist, so liegt eine grundsätzliche unrichtige Anwendung der sehr klaren Grundlinien des Gesetzes durch die unteren Verwaltungsbehörden vor. Ein Beschränkung von Verordnungen durch die Polizeibehörden kennt das Vereinsgesetz nicht. Es sollten bei den bevorstehenden Wahlen den Vereinen dadurch keine Schwierigkeiten gemacht werden. Manche Verordnungen, die das Verbot einer Versammlung unter freiem Himmel, weil die Parteien auf dem Nachbargrundstück gehalten werden könnten, bedeuten eine direkte Verletzung des Gesetzes. (Recht, sehr richtig! links.) Die unteren Verwaltungsbehörden würden derartige nicht wagen, wenn sie nicht glaubten, auf nachsichtige Veränderung rechnen zu können. (Zuruf rechts.)

Abg. Hans Eiler zu Pulitz (natlib.): Die Verhandlung hat erneut erwiesen, daß die aufständischen Behörden in lotharischer Weise gehandelt sind, das Reichsvereinsgesetz seinem Wortlaut nach zur Durchführung zu bringen. Verträge sind namentlich bei neuen Gesetzen unannehmlich. Wir unterzeichnen nicht die Verantwortung dafür, daß die Behörden, die durch genehmigten öffentlichen Verordnungen unter freiem Himmel oder in Anlagen die Ordnung nicht wahren können, annehmen, die allein der Polizei zuzurechnen. (Zuruf rechts.)

Abg. Korfanth (Volk): Die Liberalen wie Müller's Meinungen sind viel zu ungenügsam gegenüber den Verordnungen der demokratischen Staatsverträge, die im Volkswagen gelten. Unter den lächerlichen Vorwänden werden namentlich Verordnungen unter freiem Himmel verboten. Eine Verordnungen wegen der Denselben, sonderbarsten Personen verboten. (Seiterer!) Eine andere, weil Gesetzliche, daß die Teilnehmer auf dem Nachbargrundstück ihre Schürhüte verdecken" würden. (Seiterer!) Eine andere, weil die Arbeiter des betreffenden Distriktes notdürftige Trantenholde seien. (Stillsitzen.)

Solche Gemeinheiten sind nur in Preußen möglich. Ich habe hier bereits für infame Maßnahmen gegen den Landtag des Reichsvereins, welches Notwendig in der Hand. (Lächelnd des Präsidenten.)

Präsident Graf Schönerh. rief den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Zuruf des Abg. Ledebauer: Wären Sie früher den Landtag zur Ordnung.)

Präsident Graf Schönerh. rief den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Zuruf des Abg. Ledebauer: Wären Sie früher den Landtag zur Ordnung.)

Abg. Korfanth fährt fort und schließt mit der Erklärung, daß mit diesem Gesetz gegenüber den Vereinen, wenn nicht die Wahlen und Verhandlungen in der Herzen aller Munde eingehen sollen. (Recht, Bravo! bei den Voten.)

Staatssekretär Delbrück: Es ist unendlich, hier Einzelfälle näher zu erörtern. Das geschieht praktischer in den Einzelanfragen. Eine Reihe der angeführten Fälle unterliegen noch der richterlichen Beurteilung. Ich bitte, feinsinnig in allen hier vorgetragenen Fällen das Verhalten der Behörde; ich bin vielmehr der Meinung, daß bei der Auslegung des Vereinsgesetzes mehrfach in einer Weise verfahren wird, die den öffentlichen Interessen der Behörden nicht entspricht. Diese Auffassung wird aber nicht durch die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, speziell der preussischen Gesetz. (Zuruf rechts.)

Abg. Dr. Söffel (Reichs) erklärt, daß ein solches Gesetz, wie das Reichsvereinsgesetz, erst einleihen müßte. Die weitere Welpredung wird Montag auf Donnerstag 1 Uhr, während des Mittagspauses, im Zentrum und der Reichstagskammer über die Wahlen und Klauenfragen. (Zuruf 6 Uhr.)

Aus den Nachbarkreisen.

Witterfeld. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen sind vom Magistrat am 20. und 21. November abgehalten worden und zwar wurde die dritte Abteilung am 20. November, die zweite am 21. November und die erste am 22. November abgehalten. Die Wahlen sind sämtlich in der Turnhalle in der Weststraße statt. Die am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen in Witterfeld sind durch die Stadtverordneten Schindler und Schenk, als Stellvertreter Koch und Vot.

Von der vereinigten Beamtenschaft und dem Verein für öffentliche Angelegenheiten war ein gemeinsames Schreiben beim Magistrat eingegangen, in welchem die Wahl der Wahl an zwei Wochentagen stattfinden zu lassen, da es heute einen großen Teil der Wählerinnen nicht möglich sei, das Wahlrecht auszuüben. Der sozialdemokratische Verein in hatte den Antrag gestellt, die Wahl an einem Sonntag abhalten zu lassen. Der erste Antrag wurde vom Stadtvater, der sozialdemokratische Verein, dem Verein der Arbeiter, begründet. Stadtvater Schenk befragte sich darüber, daß sich das Publikum an den Wahltagen zu dränge, um zu hören, was der betreffende Wähler die Stimme gebe und trat für Berücksichtigung der Ordnungsmassregeln ein. Genosse Mengel erwiderte dem ordnungsliebenden Herrn treffend, daß das an der Defensivität der Wahl liegt und sich der Liebling nach durch Beilegung der Defensivität abstellen läßt. (Zuruf rechts.)

wird durch Entsalzung effizienter Agitationsfähigkeit als nachholen, was man glaubt, durch heimliche Maßnahmen verhindern zu können. Wenn jeder Genosse bei seiner Wahltag keine volle Pflicht und Euphorie mit, dann muß uns der Sieg wieder gelingen. Wenn unsere kleine Fraktion eine wesentliche Beteiligung erhalten haben wird, dann wollen wir mal sehen, ob man sich dann noch so nichtigend zu behandeln wagen wird. Auf, an die Kleinarbeit!

Witterfeld. Stadtverordneten-Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Vorsteher ein Schreiben des Konfessionsrats Weis zur Verlesung, in welchem dieser das dem früheren Konfessionsrat gehörige Grundstück Mittelstraße 17, zum Kauf für den Preis von 25000 Pf., anbot, da es sich für die Errichtung des Eichhais eigne. Da die letztere Angelegenheit schon erledigt war, konnte kein Beschluß gefaßt werden. — Für die Erweiterung des Marktwerts waren 63400 Mark verlangt. Vom Bürgermeister wurde die Forderung zum Begründen, doch wie mit einer Erweiterung an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelegt seien und einen solchen trockenen Sommer, wie den letzten, nicht wieder ohne Mangel aushalten würden. Auch sollte die immer mehr in Gebrauch kommende Wasserleitung erhöhte Anforderungen; letzterem nicht man sich auch erwidern, an die umliegenden kleinen Gemeinden Wasser abgeben zu können. Die Forderung wurde genehmigt. — Zur Verlegung der Sammlungsraum der Oberrealschule in zwei Kellergebäude wurden 2800 Mark gefordert und bewilligt. Die Oberverwaltungsbehörde am 11. September verhandelt worden, doch hatte wegen der niedrigen Gebote der Magistrat den Zuschlag verweigert, so daß nochmals am 28. September angelegt wurde. Die Veranschlagung stimmte der Veranschlagung zu. Genosse Mengel wünschte, daß an der Stelle der Ostbahn an der Oberverwaltungsbehörde eine Kaufverpflichtung erwirkt werden; da die Behörde heute nicht viel mehr den Zweck dient, die Notwendigkeit dazu erwiesen. — Als Delegierter zur landwirtschaftlichen Versammlung wurde Herr Hugo Lutz gewählt. — Zur Vorbereitung der Remahl eines Stadtrats wurde die Frage, die Wahlrechtskommissionen um zwei Mitglieder zu vergrößern, genehmigt. Die Sozialdemokraten stimmten demgegenüber ab. — Zur Kenntnis genommen wurden die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Wahlen und Wahlstelle in die Gemeinderatsverwaltung für das 26. Rechnungsjahr. Die Zahl der Verordneten betrug 55 Personen, die im letzten Abgeordnetentag 2092, so daß am 30. September 1911 ein Bestand von 2370 Mitgliedern blieb. Kranz gemeldet wurden 1688, erkrankt waren 659 Personen an 1138 Krankentagen. Im letzten Krankentag wurden 98, in Salles im letzten Krankentag 41 Personen behandelt. Die Ausgaben betragen 30161.86 Mk., die Ausgaben 2641.83 Mk., so daß 37248.03 Mk. als nicht aufgebraucht geblieben konnten. Am Schluß der Sitzung fragte Genosse Mengel an, ob sich der Magistrat nicht einmal in einer seiner Sitzungen mit der Behörde in Bezug auf die Wahlen befaßt haben und möchte, daß nach dem Mittel und Wege gefunden werden, die Gemeinderat mit billigen Lebensmitteln zu versehen. Öffentlich können wir im nächsten Bericht ein erfolgreiches Eingreifen des Magistrats registrieren.

Witterfeld. Zwei furchtbare Unfälle ereigneten sich am gestrigen Mittwoch auf der Grube Neopold. Die Frau des Arbeiters Schindler wurde von einem Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Frau des Arbeiters Schindler wurde von einem Wagen überfahren und schwer verletzt. Die Frau des Arbeiters Schindler wurde von einem Wagen überfahren und schwer verletzt.

Witterfeld. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen sind vom Magistrat am 20. und 21. November abgehalten worden und zwar wurde die dritte Abteilung am 20. November, die zweite am 21. November und die erste am 22. November abgehalten. Die Wahlen sind sämtlich in der Turnhalle in der Weststraße statt. Die am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen in Witterfeld sind durch die Stadtverordneten Schindler und Schenk, als Stellvertreter Koch und Vot.

Witterfeld. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen sind vom Magistrat am 20. und 21. November abgehalten worden und zwar wurde die dritte Abteilung am 20. November, die zweite am 21. November und die erste am 22. November abgehalten. Die Wahlen sind sämtlich in der Turnhalle in der Weststraße statt. Die am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen in Witterfeld sind durch die Stadtverordneten Schindler und Schenk, als Stellvertreter Koch und Vot.

Witterfeld. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen sind vom Magistrat am 20. und 21. November abgehalten worden und zwar wurde die dritte Abteilung am 20. November, die zweite am 21. November und die erste am 22. November abgehalten. Die Wahlen sind sämtlich in der Turnhalle in der Weststraße statt. Die am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen in Witterfeld sind durch die Stadtverordneten Schindler und Schenk, als Stellvertreter Koch und Vot.

Advertisement for 'Vorsicht' soap. It features a central illustration of a woman in a dark dress and a white apron, holding a broom. The text around her reads: 'Vorsicht! Vorsicht!' and 'Oft wird Seife angepriesen, Die als schädlich sich erwiesen! Vorsicht ist der Hausfrau Pflicht! Sunlichtseife schadet nicht!' Below the illustration, it says '10 & 25 Pfennig'.

schl wiederergriffen werden. Rüstet deshalb schon jetzt zum Wahlkampf!

Delitzsch. Rüstungsstoffer. Die im „unpolitischen“ Hottentencamp anlangende Unbekanntheit phantastisch haben wieder einmal „positive“ Arbeit geleistet. Nach einem Vortrag über Weltmacht und Weltmacht haben die hiesigen Hottentencamp dem Gedächtnis für die deutsche Erde entsprechende Resolution an die sofort telegraphisch dem Reichsfiskus übermittelte. Die Resolution lautet:

Die Hottentencamp Delitzsch des deutschen Hottentencamp richtet in erster Linie gegen die durch die gegenwärtige Wirtschaftsgeschichte bedingte Schererei unserer Völker an Gütern und Geldern die dringende Bitte, den Ausbau der Weltmacht des Reiches zu fördern und zu beschleunigen und eine entsprechende Vorlage noch für das Etatsjahr 1912 den ergebenden Faktoren zuweisen zu lassen.

Der die Kosten für die wohnungswirtschaftlichen Hottentencamp aufzubringen hat, hat man vorfindig gemacht. Um so deutlicher werden wir während des kommenden Wahlkampfes das gemeinschaftliche Treiben der Hottentencamp kennen lernen.

Cheppin. Verjüngung. Die organisierte Arbeiterschaft von Cheppin machen wir auf die am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr stattfindende Geschäftsversammlung aufmerksam. Nicht selten jeden Arbeiters ist es zu ersehen. Näheres im Zurechtsein.

Pöfendorf. Parteiverammlung. Den Parteigenossen und Genosseninnen hiermit zur Kenntnis, daß unsere Parteiverammlung am Sonntag, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Deutschen Hofe stattfindet. Unser Reichstagskandidat, Genosse Pöfendorf, wird den Bericht vom Parteitag geben. Gleichzeitig bitten wir um Abrechnung der Parteibüchlein. Das Mitbringen von Gärten ist gestattet.

Tessau. Gegen den Zwischhandel. Der Magistrat beabsichtigt, die Markierung dahin abzuändern, daß es den Zwischhändlern verboten sein soll, vor 9 Uhr morgens auf dem Wochenmarkt Gemüse, Obst u. einzukaufen. Damit soll verhindert werden, daß die Händler die Waren der Landwirte schon früh aufkaufen und dann die Preise machen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 19. Oktober 1911.

Districtbesprechungen.

Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, finden in den Districtsolaren Zusammenkünfte der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Die Mitglieder des 2. Districts halten die Besprechung gleichfalls wieder in ihrem bisherigen Lokale ab.

Der Vertreterkreis.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Die Gegner an der Arbeit.

Der Halle'sche Bürgerverein und die Kommunalvereiner haben ihr Ziel erreicht, daß noch einmal wieder aufgenommen, trotz der hiesigen Abgabe, und trotz der Kandidatenministerwahl des Halle'schen Bürgervereins. Die „feindlichen“ Wähler haben eine Eidesantrag davor, daß die Sozialdemokratie bei ihrem Streit der laudende, d. h. siegreiche Dritte werden können. Diese Bestätigung durch die Parteien veranlaßt, nochmals die Kräfte aufzumuntern und nach Kompromissen zu suchen, die Beamten- und Bürgerinteressen gleichmäßig vertreten wollen. Da mögen nette Teilmittelprodukte erzeugt werden. Aber gleichgültig, wie diese zweiweisen Interessensvertreter aussähen werden. Die Arbeiterschaft weiß, wenn sie zu wählen hat, Sie wird sich erinnern an die „feindlichen“ Wähler des liberalen Stadtregiments und an die gewöhnlichsmäßige Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Bürger- und Beamtenvertreter. Und da sie sich dessen erinnert, muß es der Arbeiterschaft nun endlich gelingen, einen vollen Sieg zu erkämpfen. Es geht bei dem diesjährigen Kampf um elf Mandate. Die verheißene Aussicht darauf, sie zu erobern, muß jeden schon jetzt zur Anspannung aller Kräfte reizen.

Parteigenossen, Arbeiter und Arbeiterfrauen, rüttelt die Launen auf! Setzt ihnen, was auf dem Spiele steht. Sagt ihnen, daß er sich für sie hat, wenn wieder Beamten- und Bürgervertreter gewählt werden, die die Arbeitern nicht kennen und nicht lindern werden.

Die Interessensvertreter der Hausgärtner ernannt.

Die liberalen Bürger Halle's, die sich in den Kommunalvereinen zusammengeschlossen haben, sind bekanntlich in der dritten Wählerabteilung bei den Stadtverordnetenwahlen der letzten Jahre zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Nun sollte man meinen, wenn sie in der Klasse der 36 000 besitzlosen Wähler keinen nennenswerten Anhang mehr haben, dann müßten ihnen die 2700 Wohlhabenden der zweiten Abteilung reiflos zugehören. Aber mit nichten. Die Kommunalvereiner, diese treuzugigen Liberalen Selben, haben überhaupt keinen Einfluß mehr. Kampflös überlassen sie die Besetzung der Mandate der zweiten Abteilung wieder dem — Haus- und Grundbesitzerverein, der sich nun mit dem Beamten vom Halle'schen Bürgerverein um den „Sieg“ streiten wollen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein hat seinen Interessenskampf um die Stadtverordnetenwahl eröffnet. In einer Versammlung, die er am Dienstag abhielt, ist das Schicksal verteilt worden. Auf die Wahl der dritten Abteilung, so hieß es da, habe der Haus- und Grundbesitzerverein geringen Einfluß, es empfehle sich deshalb, von der Besprechung über diese Wahl Abstand zu nehmen. Bei der ersten Abteilung würde der Vorstand des Haus- und Grundbesitzervereins seinen Einfluß dahin geltend machen, daß dem Verein gewisse Kandidaten aufgestellt werden. Mit der Vorwählung für die zweite Abteilung wollte der Vorstand zunächst gar nicht recht beunruhigen, damit es später dann die Wähler mit ihr überkommen könnte. An der Diskussion wurde aber wiederholt die Nennung der Kandidaten

verlangt, und stößendurch ging der Interessenschaden hin und her, einer wollte den Kandidaten bei der Aufstellung der Kandidaten mehr berücksichtigt wissen, andere mehr des Hauswert. Vom Vorleser wurde demgegenüber aber betont, daß die aufgestellten Kandidaten sich verpflichten müssen, gegen eine weitere Verletzung des Haus- und Grundbesitzes zu sein. Der Halle'sche Bürgerverein lege Wert darauf, daß die von ihm für die zweite und dritte Wählerabteilung aufgestellten Kandidaten für Wertz u. a. u. s. und Wobner reform eintritten, demgegenüber müßten die Haus- und Grundbesitzerkandidaten energisch für das Programm ihres Vereins eintritten — Also kräftige Interessensvertretung sollen sie sein. Man sieht, wie recht wir hatten, als wir gestern dem Hauswählerklub anbot, daß seine Meinung von der immer bedeutenderen Vertretung wirtschaftlicher Städteinteressen durch die Parteien an für die Stadtverordnetenverhandlungen zu trifft.

Die Haus- und Grundbesitzer haben schließlich ihre Interessensvertreter in folgenden Reihen nominiert: Kaufmann Ernstmann, Kaufmann Wehmer, Justizrat Meyer, Schloßmeister Richter, Kaufmeister Richter, Kaufmeister Schütz, Justizrat Köhler, Kaufmeister Gierke, Wobner, Kaufmeister Richter. Aus der Mitte der Versammlung wurden dann noch zur Berücksichtigung genannt: Kaufmann Fadenbrenn, Justizrat Fadenbrenn, Altmeyermeister Gierke, Kaufmann Aug. Rauenborn, Schloßmeister Juraing, Tischlermeister Andag. So sehen die Leute aus, von denen wiederum mit vollem Recht das Anknödelwort gilt, daß es im höchsten Grade unwahrscheinlich ist, daß sie sich mit besonderer Liebe der Angelegenheiten der Minorität — also der Arbeiter — widmen werden. Es müssen also die Arbeiter mit allen Kräften selbst dafür sorgen, daß den Interessensvertretern der Hausbesitzer die Vertreter der Arbeiter, der breiten Masse, im Stadtverordnetenrat entgegengestellt werden.

Ein Lebensstatistik der Halle'schen Arbeiterschaft.

Männer sind häufiger erwerbsunfähig krank als Frauen; Betriebskrankenfallen der Unternehmer schrecken Arbeiter von der Krankmeldung ab, während von Arbeitern gerundete Hilfskassen am ausgiebigsten hitzest sind: Januar, Februar, Juli und Dezember sind die ungeheuersten Monate. Diese drei Feststellungen ergeben sich aus einer Erhebung des hiesigen statistischen Amtes über die Erkrankungsbühnigkeit der Halle'schen Arbeiterschaft. Die interessante Zusammenstellung, die bereits vor einiger Zeit veröffentlicht wurde, lag zu den oben angeführten Ergebnissen u. a.:

Bereits im Jahre 1887, also nicht lange nach dem Anfalltreten der großen Cholera, wurde die Unfallversicherung, Krankenversicherung und Invalidenversicherung eingeführt, besetzt einer unter bedeutendsten Statistiker, G. von Meuß, auf dem statistischen Konzeß in Wien die Bedeutung einer Statistik der Krankenversicherung über: Gesamtzahl der Erkrankten, Zahl der Erkrankten und Gestorbenen nach Geschlecht, Alter, Beruf, Beruf und sozialer Sticht. Den Anzeigern u. Wagens ist bisher nur selten gefolgt worden. Eine derart ins einzelne gehende Untersuchung macht große Schwierigkeiten und Kosten. So haben denn die Verantwortlichen auf dem genannten Gebiete sich darauf beschränkt, lediglich einen Auschnitt zu geben. Auch die nachstehende Betrachtung konnte und wollte nicht anders sein, zumal die Besetzung der Krankenkassen, die den Wert einer eingehenden Betrachtung der hiesigen Verhältnisse stark gemindert hätte. Betrachtet man die Verhältnisse in den Ortskrankenkassen, Betriebskrankenfallen und eingetragenen Hilfskassen, letztere allerdings erst vom Jahre 1907 ab. Es liefern Material: 22 Ortskrankenkassen mit durchschnittlich 23 075 männlichen und 8525 weiblichen Mitgliedern, 27 Betriebskrankenfallen mit durchschnittlich 5910 männlichen und 1970 weiblichen Mitgliedern und 50 Hilfskassen mit durchschnittlich 7490 männlichen und 337 weiblichen Mitgliedern.

Kassen wir die Ergebnisse der fünf bezw. vier Jahre zusammen, so erkannten über 22 von 100 Mitgliedern. Der Unterschied zwischen der Erkrankung der Geschlechter ist nicht ganz unbedeutend. Während auf 100 männliche Mitglieder 34 Erkrankte kamen, entfielen auf 100 weibliche Mitglieder nur 29 Erkrankte. Auch innerhalb der einzelnen Krankenkassen zeigen sich Unterschiede in der Erkrankungsbühnigkeit. In den Ortskrankenkassen wurden jährlich 32,8 von 100 Mitgliedern, in den Betriebskrankenfällen 20,7 und in den eingetragenen Hilfskassen aber 33,7 als erwerbsunfähig krank gemeldet. Die Unterliebe in der Erkrankungsbühnigkeit der Geschlechter waren in den einzelnen Kassen etwa ebenso, wie wir sie bei der Gesamtzusammenfassung feststellen konnten. Regelmäßig ist bei den Orts- und bei den Betriebskranken die Zahl der männlichen erkrankten Mitglieder größer als die der weiblichen.

Wenigstens sind die Ergebnisse für die einzelnen Monate, denn es zeigt sich, daß die Erkrankungsbühnigkeit in den einzelnen Monaten durchaus verschieden ist. Nehmen wir wieder die Ergebnisse der letzten fünf bezw. vier Jahre zusammen, so erhalten wir als Erkrankungsbühnigkeit für die einzelnen Monate, auf je 100 Mitglieder berechnet, im Monat Januar 27, Februar 34, März 26, April 24, Mai 24, Juni 26, Juli 27, August 26, September 23, Oktober 23, November 26, Dezember 29. Die Erkrankungsbühnigkeit verläuft danach wie eine Wellenbewegung. Im Januar und Februar haben wir eine außerordentlich hohe Erkrankungsbühnigkeit, dann tritt ein Sinken ein, dem nun die Mitte des Jahres (Juni, Juli) eine kleine Steigerung folgt, dann abermals ein Sinken (September) und darauf ein Aufsteigen in den letzten Monaten, das seinen Höhepunkt in den Wintermonaten Januar und Februar wieder erreicht. Das gleiche Bild bietet sich, wenn wir die Geschlechter getrennt betrachten würden. Auch dann liegen stets die Höhepunkte im Januar und Februar, Juni bis August, November und Dezember, besonders niedrig ist die Erkrankungsbühnigkeit in den Monaten April und Mai, September und Oktober. Ferner finden wir, daß die Erkrankungsbühnigkeit bei den Sommermonaten für die Männer durchschnittlich nur in den Sommermonaten Juni, Juli, August kommt für die letzteren gleich, und nur im Juli übertrifft die Zahl der erkrankten Frauen die der Männer. Neben mir und

bei der Betrachtung der Erkrankungs-Verhältnisse den einzelnen Kassen zu, so zeigt sich eine Abweichung nur bei den Hilfskassen. Bei den Orts- und Betriebskranken, also bei großen Massen der Kranken, ergibt sich immer wieder dasselbe Bild: Sowohl die Gesamtzahlen, als auch die Differenz für die Männer und Frauen sind in den Wintermonaten Januar, Februar, November und Dezember, und in den Sommermonaten Juni bis August hoch, daswider die Zahlen die Monate April, September und Oktober niedrige Zahlen. Wie oben bei der Zusammenfassung aller Kassen ist die Erkrankungsbühnigkeit der Frauen geringer als die der Männer, ausgenommen in den Sommermonaten. Das der Verlauf der Zahlen fast ausfallend ist, lehnen die Ergebnisse der einzelnen Jahre, die in der Statistik herein behandelt sind.

Als Sommerergebnis ergibt sich, so fast das statistische Amt, dem folgenden: Die Erkrankungsbühnigkeit zeigt mit großer Regelmäßigkeit eine Wellenbewegung, die derart verläuft, daß vom Januar mit der höchsten Krankenanzahl, bis zum April ein Fallen, ein geringes Steigen bis Juli, ein Fallen bis September, ein stärkeres Steigen bis Januar zu verzeichnen ist. Die Erkrankungsbühnigkeit der Frauen ist geringer als die der Männer mit Ausnahme der Sommermonate, wo sie ihr gleichkommt oder sie gar übertrifft. Die Hilfskassen zeigen die stärkste Belastung durch Erkrankungen, die Betriebskranken zeigen die geringste Belastung durch Erkrankungen.

Die niedrigen Krankenanzahlen der Frauen finden ihre Erklärung wohl darin, daß während die geschäftlichen Arbeiten von Männern verrichtet werden, und daß außerdem die Männer eher bereit sind einen Arzt aufzusuchen, als die weiblichen Kranken, die aus verschleierten Gründen sich länger ohne Krankmeldung mit ihrem Leiden herumtrieben.

Die Statistik, daß die Hilfskassen die höchste, die Betriebskranken die geringste Zahl der Krankmeldungen aufweisen, zeigt uns, daß je größer der Einfluß der Arbeiter auf die Kasse, desto tiefer liegt die Verwaltung und desto größerer Zutragen hat der Kranke zu ihr. Die Betriebskrankenfallen sind eben lästige Einrichtungen, die der Arbeiter meist nur im höchsten Notfall benutzt, da hinter ihnen das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit lauert.

Die gemeinschaftliche Ortskrankenkasse

hielt gestern ihre Generalversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung — Erhöhung der Beiträge oder Herabsetzung der Leistungen — gab der Kassenvorstand, Herr Wendt hier an der Hand einer Denkschrift, die sämtlichen Vertretern zur Verfügung, ein Bild über die Kassenzustände, die sich leider im letzten Jahre ungünstig entwickelt haben. Der Vorstand der Kasse hat sich zuvor in mehreren Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt und ist einhimmig der Meinung, daß von der Herabsetzung der Leistungen keine Rede sein könne. Er schlägt deshalb der Generalversammlung vor, vom 1. April 1912 den Beitrag von 4 auf 4 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagelohnes zu erhöhen. Die Generalversammlung beschloß einstimmig, eine Herabsetzung der Leistungen nicht einzutreten zu lassen. Der Beitrag soll am 1. April 1912 in der vom Vorstand beantragten Weise erhöht werden. Zum § 20 a des Statuts, der den Familienangehörigen des Kassennitgliedes freie ärztliche Behandlung, bezordnete Arznei und Krankenpflege zugesagt, wurde eine Änderung dahingehend beschloßen, daß mit dem Erlöschen der Mitgliedschaft des Kassennitgliedes auch diese Familienfürsorge ihr Ende erreicht. Es wurde hierbei wiederum treffend bemerkt, daß bei einretternde Arbeitslosigkeit die Versicherung sich gegen den Verlust der Familienfürsorge schützen können, indem sie innerhalb einer Woche vom Entlassungstage, sich als freiwilliges Mitglied weiter versichern. Auf diesen Umständen kann im Interesse der Arbeiter nicht oft genug hingewiesen werden.

In den Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung für 1911 wurden die Herren Werner, Hoffmann, Rahm und Finemann, als Stellvertreter die Herren Mühlmann und Döring gewählt. Drei außerordentliche Vorstandsmitglieder wurden die Herren Geschäftsführer Schmidt für die Arbeitgeber, Karl Schröder und Wilhelm Preuß für die Arbeitnehmer wiederbezw. neu gewählt. Zum Punkt 4 der Tagesordnung — Beschlußfassung darüber, welche Kasse dem Magistrat als maßgebende Kasse nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung in Vorzug gebracht werden soll — wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse als maßgebende in Vorzug zu bringen. Begründend wurde dabei ausgeführt, daß die Gemeinschaftliche Ortskrankenkasse in bezug auf die Leistungen für die Versicherten an erster Stelle steht und nur noch eine kleinere Kasse, die aber als maßgebend nicht in Betracht kommen kann. Die gleichen Leistungen eingetragener Kassen. Das Maß der Leistungen der zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkasse muß aber für die Versicherten vor allen Dingen in den Vordergrund gestellt werden, zumal Statistik darüber vorzubereiten scheint, daß bei diesen Leistungen unter dem 4 1/2prozentigen Beitragssatz in der zukünftigen Allgemeinen Kasse nicht auskommen sein wird. Die Errichtung einer Landkrankenkasse soll der Aufsichtsbekörde nicht empfohlen werden.

Unter sonstigen Angelegenheiten regte Herr Ernst Müller noch an, daß der Vorstand bei Unterlassungsfällen einzelner Arbeitgeber bei den An- und Abmeldungen der Versicherten die nötige Scharfe anzuwenden solle, da dadurch der Kasse oft genug finanzielle Nachteile entstünden. Der Vorstand erklärte, daß er in dieser Beziehung das Mögliche schon tue. Solche Unternehmer, die groß faktürlich ihre Verpflichtungen veräußern haben oder andere Manipulationen sich aufzubringen kommen ließen, seien in jedem einzelnen Falle ersatzpflichtig gemacht worden. Zum Glimd stehen solche Fälle nur vereinzelt da und können nicht verallgemeinert werden.

* Der 19. District hält am Sonnabend, den 21. Oktober, ein Districtübergang in Trothaer Schloßchen ab. Die Mitglieder werden ersucht, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Die Districtleitung.



Wählen Sie

unter diesen drei Marken; alle gleich vorzüglich:

Siegerin | **Mohra** | **Palmato**

-Margarine, wie allerfeinste Molkebutter in jeder Verwendungsart.

-Margarine, ein Landbutter -Ersatz ohne gleichen.

feinste Pflanzenbutter-Margarine, einzig haltbar Nussbutter.

AAlleinige Fabrikanten: A. L. MOHR G. m. b. H., BAHRENFELD.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 246

Halle a. S., Freitag den 20. Oktober 1911

22. Jahrg.

Aus den Nachbarkreisen.

Konferenz zur Besprechung über den Bezirksratsfonds.
Am 22. November d. J., vormittags 1/2 11 Uhr, findet im **Sollsbau** zu Halle wieder eine Konferenz zur Besprechung des Bezirksratsfonds statt. (Ursprünglich war diese Konferenz zum 21. d. M. geplant.) Die Delegation wird wieder so vorgenommen, daß jedes Kartell je einen und jeder Parteivorstand, an dem sich ein Kartell befindet, auch je einen Delegierten entsendet.

Der Verwaltungsausschuß des Fonds.
H. A. A. Leopold, Beih.

Ein preussischer Postbote ist anschießer.

Dieses Jagd kann man aus einer Vernehmung wissen, die am Mittwoch vor dem Nordhäuser Gericht ihren Abschluß fand. — Am Abend des 1. Mai d. J. hatten sich in einer Wirtschaft in Heiligenstadt (Eichsfeld) etwa 20 Arbeiter mit ihren Frauen zu einer Geburtstagsfeier zusammengetan. Da es etwas laut zugeht, erschien gegen 11 Uhr der Postbote **„Der Boger ist da!“** Da, der eine etwas abgestumpfte Nase hat, besag die Werbung auf sich und strengte gegen einem Teilnehmer die Beleidigungsforderung an. Das Heiligenstädter Schöffengericht erkannte auf eine Woche Gefängnis, nachdem der Arbeiter wiederholt seine Unschuld beteuerte und dieses auch von mehreren Zeugen bestätigt wurde. In der Begründung hieß es, daß ein Verstummen der Arbeiter, die den 1. Mai feiern, geschähe werden müsse. — Also hier stempelte man eine Geburtstagsfeier zu einer Waise.

Vernehmung wurde natürlich eingelegt und in der Vernehmung erklärte der Arbeiter, daß nicht er, sondern ein anderer Teilnehmer der Ausprüch getan habe. Der Postbote über aber dabei, daß der Angeklagte der Täter sei. Nicht wenige konnten sich erlauben, daß der Ausprüch nur einmal gefallen, aber nicht von dem Angeklagten. Auch berichtigte die inkriminierte Worte gebrauchte, beachtigte sich selbst.

Der Verteidiger meinte, daß ein Ausprüch selbstverständlich erfolgen könne. Wenn er auf den Beamten nicht die Meinungs begehren wolle, so liege aber doch seinerseits ein Verstummen vor, und irren sie menschlich. — Der Staatsanwalt hält die Beleidigungsforderung für richtig und glaubte, daß der Ausprüch zweimal gefallen sei. Es entstand nun eine längere Auseinandersetzung zwischen Verteidiger und Staatsanwalt, weil letzterer einen Verstummen bei einem Beamten für ausgeschlossen und dessen Vernehmung für unzulässig hielt. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts an und beschloß das Urteil.

Demnach trägt der Eid eines Postbeamten mehr wie acht Ende von Zivilpersonen. Das Urteil wird hoffentlich auch den Arbeitern vom Eichsfeld, die sich noch immer der freien Organisation fernhalten und im Schleppland des Verkehrs befinden, zu denken geben.

Stelen. Hoffmanns Versammlung. Die am Sonntag, den 21. Oktober, im Restaurant „Vollständiger“ stattfindende öffentliche Volksversammlung, in welcher der sozialdemokratische

Sandrat, Landtagsabgeordneter Genosse Wolf Hoffmann über die Reichstagswahl sprechen wird, beginnt um 9 Uhr. Gerade deshalb dürfte ein massenhafter Besuch zu erwarten sein.

Krtern. Kleinbahn Krtern-Selbra. In einer vor einigen Tagen in Köstlich abgehaltenen Versammlung, in der die Bahnanlagen eingehend erörtert wurde, sind schon ganz nennenswerte Beiträge eingehend worden. So daß die Fertigstellung des Projekts eine große Nähe gerückt ist. Der Gesamtentwurf beträgt 2.000.000 M. Einmal der Staat wie auch die Provinz wollen sich mit je einem Drittel an den Aktienkapital beteiligen. Den Rest sollen der Kreis Sangerhausen und die beteiligten Gemeinden durch Aktienemissionen aufbringen. Der Kreis will folches in Höhe von 150.000 M. tun. Von der Stadt Krtern werden 100.000 M. gefordert. Außerdem sollen Grund und Boden frei hergegeben werden.

Selbrungen. Verträge Genehmigung. Der Bezirksausschuß hat die Genehmigung zur Errichtung einer Ueberholungs-Station der Eisenbahn Selbrungen, im Gemeindefeld, und zur Ableitung der Entwässerung in die Ulmer, verfügt, weil eine weitere Verunreinigung und Verschärfung des Wassers die weiten, erkranklichen Ufer des Ulmtrahles vermeiden und auf die gesamte Anwohnerschaft des Tales gesundheitsunheilbar wirken würde.

Seringen. 200 Schweine verbrannt. Am Dienstagabend brach in den Scheinwälden des Wolfersbergers Wälders in **Seringen** ein Feuer aus, das rasend schnell um sich griff und sämtliche Ställe sowie die Scheune in Asche legte. Eine 200 Schweine und zwei Pferde fanden in den Flammen den Tod. Sämtliche Feuerwehren der umliegenden Orte erschienen. Versa und Seringen erschienen auf dem Brandplatze, brachten aber nicht in Aktion zu treten, da das Geschäft isoliert liegt. Der Besitzer war zur Zeit des Brandes verreist.

Kohla. Auf absehbare Bahn. Schon mehrmals hatte sich der Arbeiter Karl Kohbe von hier wegen Eigentumsvergehen zu vor den Ämtern des Gerichts zu verantworten und hohe Geldstrafen waren die Folgen seiner Strafen. Erst im Mai d. J. wurde er nach 14 monatlicher Inhaftung hinter „Schwedischen Gärten“, die er wegen Kirchhofs-Schändung und Kirchenraub in Sittender erhalten, aus dem Nordhäuser Gefängnis entlassen. Hierauf nahm er bei dem Wühlwälders Wälders hier Arbeit an und führte sie auch zu vollster Zufriedenheit seines Arbeitgebers aus. Aber schon am 9. September stellte er die Arbeit ein und in der Nacht zum 10. September führte er bei dem Wühlwälders einen Diebstahl aus. Mit der Diebstahlentdeckung, drückte er von der Gartenfeste aus ein Fenster ein, zertrümmerte Türen, um dadurch die Kontornüre zu gelangen. Hier erbrach er ein Scherbrock und entwendete daraus 1,50 M. Auch den Diebstahl verurteilte er zu erbrechen. Im Mittwoch erliefte das Nordhäuser Gericht wegen dieser Straftat auf zwei Jahre Gefängnis. Beantwortet waren zwei Jahre Zuchthaus.

Luerfurt. Schulstich. Infolge der hier und in Thalborn sich immer weiter verbreitenden Kinderkrankheiten (Scharlach, Diphtherie und Mandelentzündung) muß auf behördliche Anordnung der Unterricht in den hiesigen städtischen Schulen bis 31. Oktober ausgesetzt werden. Den städtischen Krankenhäusern sind bereits mehrere Kinder zum Opfer gefallen.

Seringberg. Vom Wälderskauf. Am Sonntag fand hier eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Genosse Silberbrandt referierte vor ungefähr 20 Personen. Seine Rede nach dieser Versammlung über, daß die größte Schuld an den traurigen Verhältnissen der Arbeiter liegt, liegt, indem sie sich an nichts zu beteiligen wagen, so ist doch seit

Jahren wieder der erste Versuch gemacht, eine Versammlung stattfinden zu lassen. Unsere Genossen mußten es sich nun angelegen sein lassen, immer mehr zu agitieren und sich nicht durch einen kleinen Misserfolg abhalten zu lassen. Steter Tropfen höhlet den Stein und auch hier in Seringberg wird es unter den Arbeitern langsam dämmern. Wegen die Verhältnisse auch noch so ungünstig, der Sozialismus wird doch eindringen in die Reihen der Arbeiter und den Untergrund der Massen überwinden.

Sittenderberg. Verhaftet wurde der Sattler E. Dauterlein aus Sittenderberg. Er sammelte in der hiesigen Umgegend Aufträge zur Verfertigung von Photographien, wobei er vorwiegend, daß nur eine größere Anzahl notwendig sei, da der Rest vom Verkäufer des Sittenderberger Tagelohes bezogen, der Berliner Wagnersammlung bezogen wurde. So viele auf diesen handlichen Schwindel hineinkommen, läßt sich noch nicht feststellen.

Wietritz. Genosse Wolf Hoffmann, unser mutiger Vertreter in der preussischen Kammer, wird am kommenden Montag, den 23. d. M., abends 7 Uhr, hier in öffentlicher Volksversammlung über die Erziehung der Sozialdemokratie sprechen. Alles Mögliche unsere Genossen aus dem geistigen Inferno.

Torgau. Christlich-nationales Risiko. Das aus 10 Männern bestehende „Christlich-nationale Gewerkschaftskartell“ hatte sich erklärt, hier eine „öffentliche Gewerkschaftsversammlung“ abzuhalten in der Tagesordnung: Streik und politische Gewerkschaften. Als Referent war der Gewerkschaftssekretär **Reichert-Gemisch** erschienen. Wer nun der Meinung war, etwas zu hören über die freien Gewerkschaften, war stark enttäuscht. Nichts weiter hörte man als Schimpf- und Schmäherie auf die Sozialdemokratie und ihre Führer, obwohl er bei der letzten Reichstagswahl selbst noch einen roten Stimmzettel abgegeben hatte. In der Diskussion stellte Genosse **Wieg** fest, daß der Referent nicht imstande ist, freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie zu unterscheiden. Nachdem unser Genosse noch die Tätigkeit der Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschaften im Reichstago geschildert hatte, gab er noch einiges von den letzten Reden der Christlichen bei den Wahlen in Torgau und Leipzig zu hören. Nachdem der Christlich-nationale Genosse **Wieg** seine die Genossen Schänder und Lügner gezeichnet hatten, ergiff der Referent wieder das Wort, um die Ausführungen unserer Genossen zu entkräften, was ihm aber nicht gelang, denn inzwischen hatten die freien Gewerkschaftler den Saal verlassen, um feststellen zu können, wie stark das christlich-nationale Gewerkschaftskartell in Torgau ist. Und siehe da, an drei Tischen saßen 8 bis 10 Personen, darunter befanden sich der überwachende Polizei-Beamte, drei Geschäftsführer, der Redakteur des Kreisblattes und einige Mitglieder des Blauen Kreuzes. So sieht also die „Christlich-nationale“ aus!

Torgau. Theateraufführung. Nächsten Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Königshaus eine Theateraufführung statt. Zur Aufführung gelangt das vieraktige Drama von Hans Engler **Die Waffen nieder**, bearbeitet nach dem Roman von Bertol von Suttner. Karten sind in den in der Zeitung der letzten Nummer angegebenen Verkaufsstellen zu haben.

Wühlwälders. Der erste schwere Unglücksfall auf der Kleinbahn hat sich kürzlich an dem Wühlwälders Güterbahnhof zugetragen. Der 34 Jahre alte Bahnarbeiter **Kurt Schmidt** aus Köstlich geriet beim Manövrieren von Wühlwälders zwischen einem Wagen und die Lokomotive und erlitt dabei schwere und immer dauernde und einen Lebensbruch. Der Verunglückte wurde in die Klinik nach Halle geschickt.

Zum Reichstags-Wahlfonds.

Halle a. S. Von H. L. 5 Markt. Reimann.

Bedeutend vergrößerte Spezial-Abteilung für

Damenwäsche.

Eigene Anfertigung mit Motorbetrieb.

Grösste Leistungsfähigkeit

in Bezug auf Preiswürdigkeit, Güte und Auszahl.

3 Monats billige Preise:

Damen-Taghemden aus gutem **durchweg**
Hemdenstoff, mit breiter Stickerei u. Einsatz **Stück**

Damen-Beinkleider kräftiges **1 85**
Hemdenstoff, mit breitem Stickerei-Volant **und Einsatz, Knospenform, abgerundet**

Damen-Nachtjacken kräftiges **3**
Hemdenstoff, an solider Stickerei, Umlegekragen

Damen-Taghemden vorzüglich **durchweg**
mit breiter Schweizer Stickerei und Einsatz **Stück**

Damen-Beinkleider passend **2 50**

Damen-Taghemden vorzügliches **2**
Reinleinen, mit breitem Stickerei- **Ansatz und Einsatz, Bandbreiten**

Damen-Beinkleider dazu **passend**

Damen-Hemden Ia. feinstes **durchweg**
Reinleinen **Stück**

Damen-Beinkleider ebenso reich **3 25**
garniert

Damen-Taghemden Ia. feinstes **3**
guter, breiter Stickerei-Einsatz und Ansatz **Reinleinen**

Damen-Beinkleider dazu **passend**

Grosser Gelegenheitsposten Tischwäsche

Halbleinene Tischtücher
Größe 126x126 115x136 115x150 180x180 180x160 cm
Stück 1 30 1 60 1 80 2 20 2 60

Reinleinene Tischtücher
Größe 130x180 180x160 180x225 cm
Stück 3 00 3 80 5 25

Unsere beliebten Spezialmarken

Wäschetuche:

Hallorntuch 9 50
Coupon, 20 Meter

Frauentuch 11 50
Coupon, 20 Meter

Grosser Gelegenheitsposten Handtücher

Drell-Handtücher Halbleinen, 48x110 cm, 1/4 Dtz. 2 20

Drell-Handtücher Reinleinen, 48x110 cm, 1/4 Dtz. 3 60

Drell-Handtücher Reinleinen, extra schwer, 47x130 cm, 1/4 Dtz. 5 78

Jacquard-Handtücher Reinleinen, 48x110 cm, 1/4 Dtz. 4 60

Jacquard-Handtücher Reinleinen, 60x180 cm, 1/4 Dtz. 6 26

Nur bestbewährte, erstklassige Fabrikate.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22-23.

